

4.2 Frankreich und der Kosovo-Krieg

Die Kosovokrise war Teil der Tragödie um das Auseinanderbrechen des ehemaligen Jugoslawiens im Laufe der 90er Jahre. Im Unterschied zu den Kriegen in Kroatien und Bosnien entschloss sich die Staatengemeinschaft diesmal zu einem Eingreifen mit militärischen Mitteln. Dieses Eingreifen war in vielen westeuropäischen Staaten sehr umstritten und löste eine Diskussion um Ziele, Folgen und Legitimation der westlichen Intervention aus. Als sicherheitspolitische Krise war der Kosovo-Konflikt ein Beispiel für die Vielgesichtigkeit europäischer Außenpolitik: Neben der EU-Außenpolitik im Rahmen der GASP agierten die europäischen Mitgliedstaaten parallel mit ihrer eigenen Außenpolitik. Sie taten dies – in abgestimmter wie unabgestimmter Form – in den verschiedenen internationalen Institutionen, NATO, UNO und Kontaktgruppe.

Frankreich spielte nach übereinstimmender Einschätzung der Beobachter eine sehr wichtige Rolle und zeigte sich besonders aktiv. Einerseits sah sich Paris durch die Krise herausgefordert, andererseits wurde die französische Außenpolitik innenpolitisch sehr stark angegriffen:

Der Kosovokonflikt „(...) was viewed as a conflict centred upon the issue of identity where what was at stake was the expression of national identity, and of the recognition of this identity on the world stage.“
(Lamizet und Debras 2001: 106)

Literaturlage

Der Kosovo-Konflikt¹ ist sehr gut dokumentiert. Dazu tragen zum einen Dokumentensammlungen (Auerswald und Auerswald 2000), wie auch chronologische Dokumentationen (Troebst 1998) bei. Auch historische Analysen sind zahlreich, mit unterschiedlichem Fokus und Schwerpunkt des gewählten Zeitabschnitts (Clewing 2000; Kullashi 1995; Malcolm 1998; Maliqi 1999; Pettifer 2000; Sundhaussen 2000). Eine detailgetreue Analyse der wichtigen Rambouillet-Konferenz liefert Weller (1999). Ein exzellentes Nachschlagewerk im deutschen Sprachraum bildet der von Clewing und Reuter (2000) herausgegebene Sammelband der Bayerischen Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit über „Ursachen, Akteure und Verlauf“ des Konflikts. Hierin finden sich vor allem sehr nützliche Einzelbeiträge über die Politik der internationalen Institutionen (Eisele 2000;

¹Die Bezeichnung ‚Kosovo-Konflikt‘ ist bereits nicht unproblematisch, umgeht sie doch den Begriff ‚Kosovo-Krieg‘, den die westlichen Regierungen vor allem aufgrund von völker- und verfassungsrechtlichen Implikationen unter allen Umständen zu vermeiden suchten. Aus diesem Grund sprachen sie von ‚Luftschlägen‘ oder einer ‚bombing campaign‘. Zweifellos aber erfüllte der Konflikt in seiner ‚heißen‘ Phase alle Definitionsmerkmale eines ‚Krieges‘, vgl. Meyers 1998: 223f.; Evans und Newnham 1998: 565f..

Giersch 2000a; Reuter 2000) sowie ausgewählter einzelner Länder (Deutschland, die USA, Italien und Großbritannien). Mit der Politik internationaler Institutionen befassen sich außerdem die Beiträge von Axt (2000), Reuter (1998) und Schweitzer (1999). Einige Publikationen widmen sich spezielleren Themenstellungen wie den völkerrechtlichen Implikationen (Marko 1999) oder normativen Fragestellungen samt Debattenbeiträgen (Schirrmacher 1999; Schmid 1999). Ein neuerer englischsprachiger Sammelband fokussiert die amerikanische Kosovo-Politik, wobei jedoch gleichfalls andere Länderpolitiken Berücksichtigung finden (Weymouth und Henig 2001).

Als Grundlage für eine Verhaltensanalyse Frankreichs eignet sich die Arbeit von Dammann (2000), der den Einfluss der internationalen Konfliktbearbeitung in den Mittelpunkt stellt. Spezifische Analysen der französischen Außenpolitik sind selten (Ausnahme: Fortmann und Viau 2000), Einzelaspekte finden sich in Beiträgen von Clément (1997), Clewing (1996), Garde (1999), Bougarel (1998), Chiclet (1999) sowie der Jahreschronologie von Froehly (1999). Eine diskursive Perspektive wählen zwei Arbeiten: Lukic (2000) betrachtet die Ausformungen des Anti-Amerikanismus in der französischen Debatte und konstatiert, dass dieser durch weite Teile der französischen Eliten bedient wurde. Lamizet und Debras (2001) fragen in ihrer kursorischen Diskursanalyse danach, wie die französischen Medien über den Krieg berichtet haben. Sie konstatieren ein sehr hohes Interesse der Medien, sei es doch um einen offensichtlichen Bruch mit der traditionellen französischen Außenpolitik – genauer ihrer Bindung an Serbien und Jugoslawien – gegangen. Die Diskussion war hochgradig aufgeladen mit historischen Reminiszenzen wie der Dekolonisation, der *résistance* im Zweiten Weltkrieg wie auch der Vorliebe für Frankreichs *indépendance*:

„(...) the Kosovo crisis was the opportunity for the French media to recall the conditions in which French national identity and French political culture themselves were created in the second half of the twentieth century.“ (Lamizet und Debras 2001: 108f.)

Der Beitrag von Lamizet und Debras kommt der hier vorgestellten Analyse am nächsten. Das theoretisch-methodische Rüstzeug unterscheidet sich indes, da es nicht um eine Bewertung der Medien insgesamt geht, sondern um die Argumentationsmuster und Identitätselemente, die die Kontinuität und den Wandel der französischen Politik besser zu verstehen helfen.

4.2.1 Verhaltensanalyse

Es wird für die Fallstudie systematisch ein Zeitraum erfasst, der vom Februar 1998, als die jugoslawische Regierung beschloss, Armeeeinheiten und Milizverbände in das Kosovo zu entsenden (Massaker in der Dreniča) bis zum Ende des Luftkriegs und dem Einlenken Miloševićs (6. Juni 1999) reicht. Sicherlich lässt sich die

Kosovokrise mindestens bis 1989 zurück verfolgen,² und auch die Zeit nach dem Herbst 1999 ist unter konfliktregulierenden Aspekten sehr interessant. Das Erkenntnisinteresse ist jedoch aufzuzeigen, wie sich Frankreich in einem ‚heißen Konflikt‘ verhalten hat und wie die Ereignisse und das eigene außenpolitische Verhalten in der französischen Gesellschaft diskursiv verarbeitet wurden. Deshalb beginnt die chronologische Verhaltensanalyse erst mit dem Friedensschluss von Dayton.

4.2.1.1. Von Dayton nach Kosovo

Im Friedensabkommen von Dayton (1995) war der Bosnienkrieg zwar beendet, das Kosovoproblem jedoch ausgeklammert worden. In der Folge verfolgten die westlichen Mächte bis 1998 eine eher unentschlossene und uneinheitliche Politik gegenüber Jugoslawien, die als „Beschwichtigungspolitik“ und „Schmusekurs“ kritisiert worden ist (Sharp 1998: 28). Ein Beispiel für die fehlende Geschlossenheit bot Frankreich, als es in der Anerkennung der Bundesrepublik Jugoslawien (nunmehr noch bestehend aus Serbien einschließlich dem Kosovo und Montenegro) einseitig vorangegangen war (1996). Die anderen EU-Mitglieder folgten *volens volens*. Angeblich hatte die französische Regierung der jugoslawischen Regierung in Geheimverhandlungen die Anerkennung als Gegenleistung für die Freilassung von zwei französischen Piloten zugestanden (Reuter 1998: 283).

Als Konstante der französischen Jugoslawienpolitik blieb es auch nach dem Ende des Bosnienkonflikts bei einer Bevorzugung der serbischen Seite:³ Wurde bspw. der Präsidentin des serbischen Teils Bosniens, Plavsić, in Paris große Aufmerksamkeit zuteil,⁴ galt dies nicht für den Exil-Kosovaren Rugova, der mit einer Reise durch mehrere europäische Hauptstädte vergeblich versuchte, um Verständnis für das sich anbahnende Drama im Kosovo zu werben (Clewing 1996: 183).

Trotz der durch das EP konstatierten beständigen Menschenrechtsverletzungen im Kosovo, hob die EU die wichtigsten Sanktionen gegen Jugoslawien im September 1996 auf. Die EU gewährte am 29.04.1997 erstmals autonome Handelspräferenzen, obwohl sie diese explizit an die Erfüllung bestimmter Bedingungen geknüpft hatte. Als im April 1998 ein Gespräch zwischen Milošević und Rugova zustande kommen sollte, suspendierte die Kontaktgruppe sogleich weitere Wirtschaftssanktionen. Die französische Regierung scheute sich dabei nicht, auch im Rahmen der EU vereinbarte Bedingungen für kooperatives Verhalten zu unterlaufen, da sie eine

²So datieren bspw. Auerswald und Auerswald (2000: ix) den Beginn des Konflikts auf 1987, Miloševićs Rede im Kosovo.

³Vgl. hierzu den Teil 2.2.2. dieser Arbeit oder bspw. Canivez 1997.

⁴„Frau Plavsic in Paris“, in: FAZ. v. 10.2.1998, S.14. Plavsić wurde später wegen ihrer Beteiligung an Kriegsverbrechen und Völkermord vom Internationalen Jugoslawientribunal zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt.

Verknüpfung zwischen der Rehabilitation Belgrads und der Lösung des Kosovo-Problems ablehnte (Clewing 1996: 183; Dammann 2000: 36 u. 50).

Auf die zunehmenden Spannungen im Kosovo reagierten der deutsche Außenminister Kinkel und sein französischer Kollege Védérine im November 1997, indem sie Milošević direkte Verhandlungen der Konfliktparteien mit einem Vermittler ihrer Wahl vorschlugen (Troebst 1998, 70ff.). Der Konflikt jedoch eskalierte weiter.

4.2.1.2. Das Einschalten der internationalen Gemeinschaft

Die westliche Staatengemeinschaft wurde erst durch die Massaker in der Region Dreniča im Februar/März wirklich alarmiert (Dammann 2000: 49) und reagierte zunächst damit, dass die Balkan-Kontaktgruppe das Vorgehen der Serben sowie die terroristischen Akte der UÇK am 9.3.1998 verurteilte. Zusammen mit Italien und Russland weigerte sich Frankreich, entschiedener gegenüber Belgrad vorzugehen (Giersch 2000b: 447). Die Zehn-Punkte-Erklärung der Kontaktgruppe blieb in Bezug auf mögliche Sanktionen vage. Als Milošević Gesprächsbereitschaft signalisierte, gehörte Frankreich zu denjenigen Staaten, die Belgrad noch einen Monat einräumen mochten, um den Forderungen der Kontaktgruppe nachzukommen (Sharp 1998: 31). Dann interpretierten der französische und deutsche Außenminister das Verhalten Miloševićs so, als sei er auf die Forderungen eingegangen. Währenddessen begann die EU jedoch bereits damit, erste Sanktionen gegen Serbien umzusetzen.

Paris stimmte dem Beschluss des Sicherheitsrates vom 31.3.1998 zu, mit der Resolution 1160 ein Waffenembargo gegen die Republik Jugoslawien zu verhängen. Staatspräsident Chirac ließ Milošević am 3. April einen Brief zukommen, um ihn auf den Ernst der Lage aufmerksam zu machen.⁵ Bis zum 8. Juni 1998 verabschiedeten die USA und die EU folgende Sanktionen gegen Restjugoslawien:

- Embargo für Polizeiausrüstung,
- Stornieren der staatlichen Kredithilfen für Exporte und Investitionen in Serbien,
- Einfrieren von Auslandsguthaben,
- Verbot neuer Investitionen in Serbien und
- Einreiseverbot für eine Reihe serbischer Politiker, die für das Vorgehen in Kosovo verantwortlich gemacht wurden.
- Dazu kam später noch ein Landeverbot für serbische Flugzeuge in der EU.

Am 8. Juni 1998 wurde der ehemalige spanische Ministerpräsident und damalige OSZE-Beauftragte Felipe Gonzalez zum EU-Sonderbeauftragten ernannt – eine Einreise nach Serbien wurde ihm jedoch verweigert. Danach überließ die EU das diplomatische Feld weitgehend dem US-Botschafter in Makedonien, Christopher

⁵Védérine (11.6.1998).

Hill und dem Sondergesandten der US-Regierung, Richard Holbrooke (Giersch 2000a: 502f.). Damit wurden die Verhandlungen mit Serben und Albanern weitgehend von den Amerikanern und teilweise von der Kontaktgruppe geführt, während die EU an den Rand des Geschehens gedrängt (Dammann 2000: 54) und auch von Frankreich kaum noch als Forum genutzt wurde. Frankreich lancierte am 8. Juni einen Aufruf an die Konfliktparteien, die Kampfhandlungen einzustellen.⁶

4.2.1.3. Erste militärische Planungen der NATO

Durch die fruchtlosen Vermittlungsbemühungen und die schrittweise Eskalation der Gewalt bis zu diesem Zeitpunkt beunruhigt, gaben die Außenminister der NATO-Staaten bei ihrer Frühjahrstagung erste militärische Planungen in Auftrag. Am 15.6.1998 hielt die Nordatlantische Allianz ein Manöver („*Determined Falcon*“) im Luftraum von Mazedonien und Albanien ab.

Der UNO-Sicherheitsrat verabschiedete am 23. September 1998 die Resolution 1199, in der sich der Sicherheitsrat zwar ausdrücklich auf Kapitel VII der Charta bezieht, das als *ultima ratio* auch den Einsatz militärischer Mittel vorsieht. Eine Autorisierung von Gewaltanwendung durch die NATO wurde jedoch nicht gewährleistet (Dammann 2000: 57). Die Formulierung der Resolution wurde vor allem durch Russland und China so vage gehalten, dass für alle Seiten Interpretationsspielraum bestand. Die französische und die britische Regierung hatten sich im Vorfeld dafür eingesetzt, Russland und China von der Notwendigkeit einer schärferen Resolution des Sicherheitsrates zu überzeugen.

Obwohl dies nicht gelang, erfolgte am 24. September der Aktivierungsbefehl des NATO-Rates zur Vorbereitung der Luftschläge im Kosovo (Clewing und Reuter 2000: 564). Diese Aktivitäten stießen vor allem in Deutschland und Frankreich auf Bedenken, da ein Eingreifen der NATO ohne UN-Mandat in diesen Staaten höchst umstritten war (Giersch 2000b: 450). Gleichwohl forderte das EU-Parlament in einer Entschließung vom 8. Oktober eine NATO-Militäraktion notfalls auch ohne UNO-Mandat.⁷ Frankreich sperrte sich lange Zeit, militärische Zwangsmaßnahmen gegen Serbien mit zu tragen. Für einen militärischen Einsatz insistierte Chirac auf dem Votum des UN-Sicherheitsrats und wollte Russland beteiligt wissen (Dammann 2000: 55).

⁶Védrine (8.6.1998).

⁷„Das EU-Parlament für Militäraktion im Kosovo“, in: NZZ v. 9.10.1998.

Als peinlicher Zwischenfall wurde zwischenzeitlich registriert, dass ein französischer Major im Herbst 1998 dabei überführt wurde, geheime NATO-Dokumente über mögliche Ziele des Bombardements an die serbische Seite zu verraten.⁸

4.2.1.4. Das Holbrooke-Milošević Abkommen

Am 5. Oktober 1998 wurde der österreichische Botschafter in Belgrad – Wolfgang Petritsch – zum neuen EU-Sonderbeauftragten ernannt. Auf seine Initiative hin erkannte die EU die UÇK an – wenn auch nicht als legitime Befreiungsorganisation, so doch als Akteur innerhalb des Konflikts und der Vermittlungsbemühungen (Giersch 2000a: 504). Am selben Tag reiste der US-Beauftragte Richard Holbrooke nach Belgrad, um mit Milošević zu verhandeln. Zwei Tage darauf empfahl das französische Außenministerium allen Franzosen, die Bundesrepublik Jugoslawien zu verlassen.⁹ Am 8. Oktober hatte auch das EU-Parlament für einen NATO-Einsatz plädiert, der zwar möglichst auf einer UNO-Resolution aufbauen sollte, dies wurde aber nicht als notwendige Bedingung definiert.¹⁰ Am 13. Oktober erklärte sich die jugoslawische Regierung zu folgenden Zugeständnissen bereit:

- Ende der Kampfhandlungen,
- Rückzug der Truppen auf ihre Positionen vor dem März 1998,
- Freier Zugang für Hilfsorganisationen,
- Volle Zusammenarbeit mit dem Internationalen Gerichtshof,
- Rückkehr der Flüchtlinge,
- Beginn von Verhandlungen über eine Interimslösung,
- Berechtigung der NATO zu unbewaffneten Aufklärungsflügen über der Region,
- Einreise einer Verifikationsmission der OSZE mit UN-Mandat, die die Erfüllung der Auflagen kontrollieren sollte (2000 Personen).

Im Gegenzug durfte Jugoslawien 15.000 Soldaten und 10.000 Sonderpolizisten im Kosovo belassen, die OSZE-Mission musste unbewaffnet bleiben und die

⁸Der Offizier Bunel wurde im Dezember 2001 zu der relativ milden Strafe von fünf Jahren, von denen drei zur Bewährung ausgesetzt wurden, verurteilt. Die Tat selbst, aber auch der Umstand, dass die geladenen Zeugen aus dem Offizierskorps den Verrat nicht bedauerten, leistete der Vermutung Vorschub, die serbophile Einstellung französischer Militärs sei weiterhin ungebrochen; Michaela Wiegel: „Mangelnde Neugier“, FAZ v. 14.12.2001, S.14. Bezeichnenderweise wurde kolportiert, dass auch die gescheiterte Festnahme von Karadžić im März 2002 auf einen Verrat durch einen französischen Kontaktmann zurückzuführen wäre. „Einsatz gegen Karadzic verraten?“, in: FAZ v. 5.3.2002, S.6.

⁹Communiqué du ministre des Affaires étrangères v. 7.10.1998, „Politique Etrangère de la France“, Textes et Documents, Paris (Oct. 1998), S.242.

¹⁰NZZ v. 9. 10.1998.

internationale Gemeinschaft sich dazu verpflichten, sich nicht in die serbisch-albanischen Verhandlungen über das Kosovo einzuschalten.¹¹

Die UNO legitimierte die Verifikationsmission mit der Resolution 1203 am 24. Oktober. Die Initiative für diese Resolution kam von der französischen Regierung – unterstützt von Großbritannien und den USA (Fortmann und Viau 2000: 96). Allerdings wurde kein Sanktionsmechanismus eingebaut. Auch die Bewilligung „aller Mittel“ gegen die jugoslawische Seite im Falle einer Gefährdung der OSZE-Beobachter scheiterte am Widerstand Chinas und Russlands.

Die Umsetzung der Vereinbarungen erfolgte seitens der jugoslawischen Regierung schleppend, da die NATO ihr Ultimatum bis zum 27. Oktober verlängert hatte und Milošević sich zudem das Recht vorbehielt, auf terroristische Aktionen angemessen zu reagieren. Der Abzug der Truppen, der auch zahlenmäßig nicht genau festzuhalten war, verlief nur zögerlich. Die *activation order* der NATO blieb die ganze Zeit bestehen, um die Befolgung der UN-Resolutionen zu überwachen (Giersch 2000b: 451f.).

Die Beobachter-Mission, deren tatsächliche Stärke nie 600 Personen überschritt, sollte durch eine so genannte *extraction force* der NATO geschützt werden, die in Mazedonien stationiert wurde (Schmidt 2000: 201f.). Frankreich erklärte sich dabei nicht nur bereit, die Führung der Truppe zu übernehmen, sondern stellte auch 50% der Soldaten (Varwick 2000: 107). Der französische Anteil an der Truppe, der zunächst bei etwa 1000 Soldaten gelegen hatte, wurde bis zum April 1999 auf eine Stärke von 2600 Mann aufgestockt, darunter Fallschirmjäger, Fremdenlegionäre sowie Artillerieeinheiten.¹²

Die Zusammenstöße zwischen den serbischen Ordnungskräften und der UÇK, die wohl maßgeblich auf Provokationen der UÇK zurückzuführen waren, gingen während der Anwesenheit der OSZE weiter (Troebst 1999: 189). Die Europäer beschränkten sich in dieser Phase auf ein ‚Mitlaufen‘ in der internationalen Gemeinschaft, deren Tempo hauptsächlich von den USA vorgegeben wurde.

4.2.1.5. Nach dem Massaker von Raçak

Die Entdeckung von 45 Leichen albanischer Zivilisten durch die OSZE-Mission am 15.1.1999, die aller Wahrscheinlichkeit nach in der Ortschaft Raçak von serbischen Sicherheitskräften ermordet worden waren, brachte die internationale Gemeinschaft dazu, ihre eigene Strategie zu überdenken. Hinzu kamen die Weigerung der jugoslawischen Regierung, die Anklägerin des UN-Kriegsverbrechertribunals zur Untersuchung des Vorgangs einreisen zu lassen und die Ausweisung des OSZE-Missionsleiters William Walker aus dem Kosovo. Die bis dahin zögerlichen Re-

¹¹Vgl. die Web-Site des Ministry of Defense des Vereinigten Königreiches, <http://www.mod.uk/news/kosovo/agreement/index.htm> [16.08.01].

¹²Vgl. „Les Français à pied d'œuvre“, L'Express v. 8.4.1999, S.34.

gierungen Europas – darunter auch die französische und die russische – schwenkten nun auf die härtere Linie der USA ein. Anlässlich eines Besuchs in London betonte Staatspräsident Chirac zusammen mit Premierminister Blair den festen Willen der beiden Regierungen, auf eine Vereinbarung zwischen den Konfliktparteien hinzuwirken und sie fügten hinzu:

„Si un accord politique n'est pas atteint rapidement, les deux dirigeants estiment que toutes les options devront être considérées.“¹³

Paris war jetzt bereit, die Souveränität Belgrads im Kosovo zeitweilig einzuschränken oder gar außer Kraft zu setzen, es hielt eine dauerhafte Revision von Grenzen oder die Absetzung eines Regimes aus humanitären Gründen aber nach wie vor für nicht gerechtfertigt (Weller 1999b: 213f.). In der Folge ließ die NATO der Regierung in Belgrad eine Warnung zukommen, nach der sie entschlossen sei, militärisch in den Konflikt einzugreifen. Die Außenminister der Kontaktgruppe stellten einen ‚unverhandelbaren Katalog‘ von Forderungen zusammen, der als Grundlage für Friedensverhandlungen dienen sollte. Diese Londoner Beschlüsse vom 29. Januar 1999 waren folgende (Dammann 2000: 62f.):

- Sofortiger Waffenstillstand und Einstellung der Gewalttätigkeiten,
- dreijähriger trilateraler Interimsstatus, dem eine internationale Kosovo-konferenz folgen sollte,
- Wahrung der territorialen Integrität der Bundesrepublik Jugoslawien, umfassender Minderheitenschutz,
- freie Wahlen unter Aufsicht der OSZE,
- Amnestie für Verbrechen im Kosovokonflikt mit Ausnahme von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit.
- Die Selbstverwaltung der Provinz sollte folgende Grundsätze beinhalten:
 - einen hohen Grad von Autonomie,
 - unabhängige Körperschaften der Exekutive, Legislative und Jurisdiktion (Steuer- und Finanzpolitik, Polizei, Rechts-, Gesundheits- und Bildungswesen, u.a.),
 - Konkordanzprinzip auf allen Verwaltungsebenen,
 - Gesetze und Verfassungen Serbiens und Jugoslawiens sollten mit dem neuen Status in Einklang gebracht werden.

Die Implementierung dieses Friedensplans sollte militärisch von einer robusten internationalen Friedenstruppe unter der Führung der NATO überwacht werden (Giersch 2000b: 454).

¹³Communiqué conjoint du président de la République, M. Jacques Chirac, et du Premier ministre britannique, M. Tony Blair, Paris-London, 28.1.1999, abgedr. in: „Politique Etrangère de la France“, Textes et Documents (Jan.-Fevr. 1999), S.133.

4.2.1.6. Die Verhandlungen von Rambouillet

Auf der Basis dieser Vereinbarungen wurden die beiden Parteien ultimativ aufgefordert – offiziell von der Kontaktgruppe, aber faktisch nur von den USA, Großbritannien und Frankreich (Krause 2000: 409) – miteinander zu verhandeln. Vom 6.2.1999 an sollten Kosovo-Albaner und Serben im Schloss von Rambouillet unter französisch-britischem Vorsitz innerhalb von vierzehn Tagen einen Zustand ‚substanzieller Autonomie‘ für das Kosovo aushandeln. Mit der Durchsetzung der Tagungsorte Rambouillet und Paris gelang es der französischen Regierung, ihre prominente Rolle im Konflikt zu unterstreichen (Kessler und Charillon 2001: 108). Die NATO drohte nun erstmals auch mit Luftschlägen, falls die jugoslawische Regierung den Autonomieentwurf nicht annehmen sollte. Zugleich wurde den Albanern gedroht, dass man ihnen bei einer Verweigerung der Zustimmung den Nachschub über Albanien und die Adria abschneiden und ihnen sämtliche westliche Unterstützung entziehen würde. Für die kosovo-albanische Verhandlungsseite stellte dieser Plan lediglich einen Schritt auf dem Weg zur Unabhängigkeit dar: Er konnte zwar akzeptiert werden, war aber aus ihrer Sicht keine dauerhafte Lösung. Für die serbische Seite war die Stationierung der internationalen Friedenstruppe auf ‚eigenem‘ Boden eine Bedingung, der sie nicht zustimmen mochten. Die Fronten verhärteten sich während der um drei Tage verlängerten Gespräche, zur selben Zeit eskalierten die Gewalttaten im Kosovo weiter (Chiclet 1999: 186). Am 23. Februar verkündeten beide Seiten, dass sie kein Abkommen unterzeichnen könnten. Dennoch wurde der Verhandlungsprozess nicht abgebrochen, sondern von der Kontaktgruppe bis zum 15. März vertagt. Sie vertrat die Ansicht, dass der politische Teil der Verhandlungen abgeschlossen sei und nach der Verhandlungspause noch der Teil zur zivilen und militärischen Implementierung verhandelt werden müsse (Dammann 2000: 64-67). Während dieser Pause verhandelte der deutsche Außenminister Fischer vergeblich mit Milošević in Belgrad.¹⁴

Schon während der Verhandlungen in Rambouillet und besonders während der Verhandlungspause nahmen die serbischen Repressionen gegen die Albaner zu. Milošević schien den Westen vor vollendete Tatsachen stellen zu wollen, indem er die albanische Bevölkerung aus dem Kosovo vertrieb (Giersch 2000b: 455). Nach Angaben des UN-Hochkommissariats für Flüchtlingsfragen wurden bis Mitte März etwa 230.000 Albaner aus ihren Heimatgebieten vertrieben, 60.000 davon seit Dezember 1998 und 30.000 seit dem Ende von Rambouillet (Krause 2000: 410).

Die Annahme des Abkommens durch die albanische Seite am 18. März änderte nichts mehr an der Tatsache, dass die Konferenz gescheitert war und die serbischen Milizen und Armeeeinheiten ihre Verfolgungen fortgesetzt hatten, während eine zweitrangige Delegation an den Verhandlungen teilgenommen hatte.¹⁵

¹⁴„Germany's Kosovo Policy“ 1999, Online Dossier by www.deutsche-aussenpolitik.de (closed June 30, 1999), <http://www.uni-trier.de/uni/fb3/politik/dtap/publications/dossier/dossier2.html> [30.01.2001].

¹⁵Zur Entscheidungsbefugnis der serbischen Delegation: Reuter und Katsaropoulou 1999: 167.

Die westlichen Vermittler zogen während der Verhandlungen nicht immer an einem Strang. Bilateral hatten sich zwar Briten und Franzosen auf Verhandlungsort und -führung geeinigt und sprachen sich vor den Kontaktgruppen-Treffen ab.¹⁶ Doch nach französischer Ansicht hätte es keines eigenen EU-Vermittlers bedurft, und EU-Unterhändler Petritsch wurde in den Verhandlungen bisweilen bewusst desavouiert (Weller 1999b: 235). Vor allem zwischen Frankreich und den USA herrschten Meinungsverschiedenheiten. Die Amerikaner forderten eine unnachgiebige Haltung des Westens, während die Franzosen in Opposition zu den Amerikanern von klaren Drohungen gegenüber Milošević Abstand nahmen.¹⁷ Besonders gegen Ende der Konferenz wurden die USA wegen ihrer Einmischung in die Verhandlungsführung von französischer Seite kritisiert (Dammann 2000: 66).

Selbst als das Scheitern der Konferenz von Rambouillet unmittelbar bevor stand, enthielt sich Paris jeglicher militärischen Drohungen gegenüber Belgrad,¹⁸ und Verteidigungsminister Richard dementierte einen Automatismus von Luftangriffen bei einem Nichterfolg der Verhandlungen (Varwick 2000: 107). Erst als die Konferenzdiplomatie endgültig gescheitert war, wies Staatspräsident Chirac die Verantwortung dafür – jetzt in sehr eindeutiger Weise – der serbischen Seite zu.¹⁹

Aufgrund der gescheiterten Konferenz wurden die OSZE-Beobachter, die noch im Kosovo waren, am 20. März aus der Gefahrenzone zurück berufen. Ein letzter Vermittlungsversuch von Richard Holbrooke am 23. März in Belgrad endete gleichfalls als Misserfolg, als das jugoslawische Parlament und Milošević eine von der NATO garantierte Autonomie des Kosovo ablehnten.²⁰

4.2.1.7. Die Luftangriffe der NATO

Das Scheitern der Verhandlungen und die Verschärfung der Vertreibungen und Gewalttaten im Kosovo führten zu den lange angekündigten, aber immer wieder verschobenen Luftangriffen der NATO, die am 24. März 1999 begannen. Angesichts der Tatsache, dass Russland und China nicht gewillt waren, über die bisherigen Absichtserklärungen hinaus zu gehen, trug Frankreich die Aktionen der NATO mit, sah jedoch die Stärkung des amerikanischen Einflusses und die Marginalisierung Russlands mit Sorge (Axt 2000: 79).

¹⁶Gunter Hofman: „Wie Deutschland in den Krieg geriet“, Die ZEIT v. 12.5.1999, S.19-20.

¹⁷FAZ v. 25.2.1998.

¹⁸Michaela Wiegel: „Gegen Amerikas Ein-Mann Show“, FAZ v. 25.02.1999, S.16.

¹⁹„Chirac gibt Milošević die alleinige Verantwortung für das Scheitern der Kosovo-Verhandlungen“, FAZ. v. 20.3.1999, S.2.

²⁰Germany's Kosovo Policy“1999, Online Dossier by www.deutsche-aussenpolitik.de (closed June 30, 1999), <http://www.uni-trier.de/uni/fb3/politik/dtap/publications/dossier/dossier2.html> [30.01.01].

Die Angriffe dauerten vom 24. März bis zu ihrer Aussetzung am 10. Juni (78 Tage). Die Hauptstützpunkte für die Angriffe lagen in Italien, aber auch Basen in Deutschland, Spanien, Frankreich, Großbritannien, Ungarn und der Türkei wurden genutzt (Giersch 2000b: 457). Den Hauptteil der Streitkräfte stellten die USA: Frankreich steuerte mit 40 Kampfflugzeugen 10% der eingesetzten Maschinen mit ca. 12% der Angriffe bei (Fortmann und Viau 2000: 98). Vom französischen Flugzeugträger „Foch“ griffen regelmäßig die Jagdbomber *Super-Étendard* an. Zusätzlich unterstützte Frankreich die Aktion „*Allied Harbour*“ in Albanien mit Soldaten der 11. Fallschirmjägerdivision sowie Helikoptern.²¹ Darüber hinaus waren wohl auch spezielle Kommandoeinheiten der COS (*Commandement des opérations spéciales*) im Kosovo selbst im Einsatz, um den Erfolg der Bombardements einzuschätzen bzw. weitere Ziele zu markieren.²² Frankreich war mit diesem Engagement die Nummer zwei aller sich an den NATO-Aktionen beteiligenden Mächte. Die französische Regierung verfolgte in dieser Phase im Ganzen eine harte Linie gegenüber Belgrad und zeigte sich insbesondere in dieser Periode des ‘heißen Krieges’ als loyaler Verbündeter der USA (Fortmann und Viau 2000: 96f.).

Im Detail verblieben allerdings auch Differenzen zwischen Frankreich und den USA: Einer von den USA vorgeschlagenen See-Blockade erteilte Frankreich mit dem Hinweis auf ein fehlendes UN-Mandat eine Absage (Froehly 1999: 24 u. 27). Es gelang Paris gleichfalls, Angriffe auf Infrastrukturziele in Serbien zunächst zurückzustellen, und es erreichte in Bezug auf die Zielauswahl, Montenegro weitgehend zu verschonen (Fortmann und Viau 2000: 99).²³ Auch auf der Ebene des Militärausschusses der NATO bevorzugte Frankreich den Beratungs- und Entscheidungsstil eines „*directoire informel*“ derjenigen Länder, die im Luftkrieg besonders engagiert waren.²⁴

Bereits Ende April wurden in der Clinton-Administration Überlegungen darüber angestellt, ob die NATO auch den Einsatz von Bodentruppen erwägen sollte, falls die Luftschläge nicht zum Erfolg führen würden (Giersch 2000b: 460). Die USA sowie die meisten NATO-Partner einschließlich Frankreichs blieben in dieser Frage zurückhaltend, einzig die britische Regierung hatte einen Einsatz mit Bodentruppen immer wieder befürwortet (Kramer 2000: 368).²⁵

Mit der Zunahme der Spannungen zwischen der NATO und der Bundesrepublik Jugoslawien nahmen auch die Besuchsaktivitäten französischer Politiker aller Parteien in der Region zu: Jack Lang in Tirana, Paul Quilès bei den französischen

²¹NZZ v. 9.4.1999.

²²Pierre Babey: „Les commandos de l’ombre“, L’Express v. 15.4.1999, S.33.

²³Dies gab Staatspräsident Chirac nach der Beendigung der Luftschläge auch zu. So erwähnte er, dass es um die Bombardierung der Brücken von Belgrad heftige Diskussionen zwischen Frankreich und den USA gegeben hätte. Chirac (10.6.1999), S.247.

²⁴Dominique Lagarde: „Comment l’OTAN conduit la guerre“, L’Express v. 3.6.1999, S.23.

²⁵Chirac gab zumindest im Nachhinein an, diese Option nie ernsthaft in Erwägung gezogen zu haben, denn er hielt sie weder für seriös noch vernünftig, vgl. Chirac (10.6.1999), S.247.

Truppen vor Ort, Alain Madelin im Flüchtlingslager Kukes in Albanien, Jacques Chirac in Skopje, Lionel Jospin in Mazedonien und Albanien.²⁶ Die französischen Entscheidungsträger betrieben seit Beginn des Jahres eine rege Reisediplomatie auch außerhalb der Region. Hervorzuheben sind die Besuche von Védrine in Russland (12.1.1999), Ungarn (19.1.) und Bulgarien (9.4.) sowie seine Meetings mit Dini (28.1.) und dem tschechischen Amtskollegen Kavan (29.4.). Der Staatspräsident traf sich jenseits der multilateralen Gipfel u.a. noch mit Blair (28.1.), Clinton (19.2.), Schröder (19.3.) und Putin (13.5). Der französische Außenminister Védrine sah am Vortag des deutsch-französischen Gipfels seinen Amtskollegen Fischer, sowie den Leiter der kosovo-albanischen Befreiungsarmee Thaçi und Exilpolitiker Rugova.

Die am 27. Mai erfolgte Anklage Miloševićs und anderer serbischer Spitzenpolitiker durch den Internationalen Gerichtshof, so die deutsch-französischen Einschätzungen, würde die internationale Gemeinschaft nicht von der Suche nach diplomatischen Lösungen entheben. Paris kündigte an, das französische Kontingent in Mazedonien noch einmal aufzustocken.²⁷

4.2.1.8. Das Flüchtlingsproblem

Bereits der UNO-Bericht von Kofi Annan war im September 1998 zu dem Ergebnis gekommen, dass zu diesem Zeitpunkt ca. 230.000 Kosovo-Albaner aus ihren Dörfern vertrieben worden waren. Nach dem Scheitern der Rambouillet-Konferenz, insbesondere aber nach Beginn der Bombenangriffe nahm das Flüchtlingsdrama ungeahnte Ausmaße an. Bis Ende Mai 1999 waren schätzungsweise 1,5 Mio. Menschen auf der Flucht (Giersch 2000b: 456).

Angesichts des Flüchtlingsproblems auf dem Balkan erklärte die Regierung in Paris, Frankreich werde nur im Notfall Flüchtlinge aufnehmen und bevorzugte Lösungen vor Ort.²⁸ Begründet wurde der Schritt mit dem Willen, die Politik der vollendeten Tatsachen durch Deportationen keinesfalls zu akzeptieren. Von den 16.000 Flüchtlingen in der EU hatte Frankreich bis April 346 Personen aufgenommen.²⁹ Paris erklärte sich im April dennoch bereit, die Zahl bis auf 10.000 zu erhöhen. In dieser Frage zeigten sich vor allem gesellschaftliche Akteure als sehr aktiv: So verkauften Zeitungen (wie *L'Humanité*) und Zeitschriften (wie *„Elle“*) ihre

²⁶Vgl. Christophe Barbier et al.: „La politique à l'heure du Kosovo“, *L'Express* v. 15.4.1999, S.28-30.

²⁷NZZ vom 28.5.1999.

²⁸So Védrine, Richard und Josselin (20.4.1999) vor dem verteidigungspolitischen und außenpolitischen Ausschuss, die von Védrine, Richard und Josselin am 20.4. vor den gleichen Ausschüssen, ergänzt um die Kommission der AN bei der EU, Védrine (20.4.1999).

²⁹Ebenda, S.383.

Produkte zu einem erhöhten Preis zugunsten der Flüchtlinge³⁰ und am 8. April kündigten mehr als 100.000 Franzosen nach einem Aufruf Premierminister Jospins telefonisch ihre Bereitschaft an, einen oder mehrere Flüchtlinge zu beherbergen (Froehly 1999). Bis zum 21. Mai hatte Frankreich etwa 4.200 Flüchtlinge – im Vergleich zu 10.000 in Deutschland – aufgenommen.³¹ Im Juni bilanzierte der Premierminister, nunmehr seien mehr als die angekündigten 10.000 im Land.³²

Die EU stellte 250 Mio. Euro zur Verfügung, um die Flüchtlinge aus dem Kosovo möglichst heimatnah unterzubringen, davon 150 Mio. für die Flüchtlinge vor Ort und 100 Mio. für die Aufnahmeländer Albanien, Mazedonien und Montenegro. Die Innen- und Justizminister konnten sich nicht auf eine europäische Strategie zur Aufnahme von Flüchtlingen einigen, denn u.a. Frankreich betonte, dass eine Aufnahme der Flüchtlinge in Europa nur Miloševićs Vertreibungspolitik zementieren würde.³³

4.2.1.9. Bemühungen um eine Beilegung des Konflikts

Angesichts der Flüchtlingsproblematik und der weiterhin fortgesetzten Vertreibungen der Albaner aus dem Kosovo, die von den serbischen Kräften während der NATO-Angriffe sogar verstärkt fortgesetzt wurden, bemühte sich die internationale Gemeinschaft um eine Beilegung des Konflikts. Die Außenminister der G-7 und Russlands einigten sich am 6. Mai 1999 auf dem Bonner Petersberg auf die Grundzüge des Fischer-Plans. Die Vermittler – der amerikanische Vizeaußenminister Talbott, der russische Sonderbeauftragte Viktor Tschernomyrdin und der finnische Präsident Martti Ahtisaari – vereinbarten in Bonn eine Gesprächsgrundlage gegenüber Belgrad: Einer Friedenstruppe sollten sowohl NATO- als auch russische Truppen angehören sollten – allerdings unter getrenntem Oberbefehl.³⁴

Die Verhandlungen mit Milošević gestalteten sich unter dem Druck der andauernden Luftschläge erstaunlich positiv. Der jugoslawische Präsident stimmte im Verlauf der Verhandlungen bis zum Juni 1999 den Bedingungen der G-8 zu. Als Gegenleistungen handelte er die russische Präsenz innerhalb der internationalen Friedenstruppe und ein Verbleiben des Kosovo innerhalb des rechtlichen Rahmens der jugoslawischen Bundesrepublik aus (Krause 2000: 414). Die Aktivierung der G-8 mit der Wiedereinbeziehung Russlands im Zuge einer Lösung des Konfliktes

³⁰Vgl. Isabelle Bourgeois: „Meinungsfront Kosovo. Wie in Frankreich über den Krieg berichtet wird“, epd medien Nr.27 v. 14.4.1999, <http://www.epd.de/medien/1999/27leiter.htm> [15.08.00], S.1-6 (1).

³¹Kosova-Info-Line, http://www.kosova-info-line.de/kil/neueste_nachrichten-4347.html, [15.8.2000].

³²Jospin (8.6.1999).

³³Julian Nundy: „France/Kosovo“, Voice of America, correspondent report (4.6.1999), <http://www.fas.org/man/dod-101/ops/docs99/990406-kosovo18.htm> [25.12.2003].

³⁴NZZ v. 3.6.1999.

begrüßte die französische Diplomatie, schließlich hatten Védrine und Chirac mit ihren Besuchen in Moskau vom 11. und 13. Mai die russische Rolle für die Konfliktlösung betont. Die deutsche Initiative wie auch die Ergebnisse wurden willkommen geheißen, hatte der französische Außenminister Védrine doch bereits 1998 einen ähnlichen Vorschlag gemacht.³⁵

Das serbische Parlament stimmte den Bedingungen der G8 am 3. Juni 1999 zu, und die NATO und die jugoslawische Armee schlossen am 9. Juni im mazedonischen Kumanovo ein Abkommen über den Abzug der Truppen aus dem Kosovo. Die NATO stellte ihre Angriffe daraufhin am 10. Juni ein.

Am selben Tag verabschiedete der UN-Sicherheitsrat die Resolution 1244, in der die Bedingungen der G-8 und das Abkommen zwischen der Jugoslawischen Volksarmee und der NATO ausdrücklich gebilligt wurden. Zusätzlich wurde darin die Rolle der NATO und der Europäischen Union im Kosovo präzisiert. Bereits im Mai hatte Frankreich den Vorschlag gemacht, ein Protektorat im Kosovo unter die Verwaltung der EU zu stellen, was die Amerikaner jedoch abgelehnt hatten.³⁶ Frankreich hatte zudem auf einer Resolution des Sicherheitsrats bestanden, bevor es bereit war, sich an der KFOR zu beteiligen (Kramer 2000: 369).

Die KFOR unterteilte das Kosovo in Zonen, die verschiedenen Nationen unterstellt wurden. So ist Frankreich im Sektor Nord, Italien im Sektor West, Deutschland im Sektor Süd, die USA im Sektor Ost und Großbritannien im Zentrum verantwortlich (Gustenau und Feichtinger 2000: 483). Innerhalb der KFOR beteiligt sich Frankreich mit 7000 Mann und übernahm freiwillig einen sensiblen Sektor im Kosovo.³⁷

4.2.1.10. Die Verhaltensmuster in der Synopse

Insgesamt lassen sich für Frankreich folgende Verhaltensmuster herausarbeiten:

(1) Haltung zum gemeinsamen Handeln:

Frankreich hat über den gesamten Konflikt hinweg eine sehr aktive Rolle gespielt. In der ersten Phase war es zunächst ‚promoter‘ vieler wichtiger Initiativen in verschiedenen politischen Gremien. In der zweiten Hälfte des Jahres 1998, als die

³⁵Allerdings wurde die Leistung der deutschen Vermittlungsdiplo-matie in der französischen Darstellung der Ereignisse mit keinem Wort erwähnt. Vgl. die *Dossiers d'actualité* des Außenministeriums zum Kosovo-Konflikt: <http://www.diplomatie.fr/actual/dossiers/kosovo/kosovo134.html> [15.08.00], S.5, wie auch die Darstellung Jospins in der AN (8.6.1999) oder die von Paul Garde (1999: 45ff.).

³⁶Eric Rouleau: „Errements de la diplomatie française au Kosovo“, *Le monde diplomatique*, www.monde-diplomatique.fr/1999/12/Rouleau/12754 [14.12.01], S.1-11 (10).

³⁷Als später insbesondere in der Stadt Mitrovica Unruhen zwischen Serben und Kosovo-Albanern ausbrachen, wurde den französischen Einheiten der Vorwurf gemacht, zugunsten der Serben zu agieren. Andrew Purvis: „A Bridge Too Far in Kosovo. Is Mitrovica still the most dangerous place in Europe?“, in: *TIME Magazine* (6.3.2000), S.2.

Amerikaner die Diplomatie bestimmten, fiel es mit den anderen Europäern in eine passivere Unterstützerrolle zurück. Während der Luftschläge blieb Frankreich aufgrund der militärischen Dominanz der Amerikaner eine ‚*Supporter*-Rolle, aber immer noch mit Einfluss auf den Konfliktverlauf.

(2) Art der Kooperation:

Frankreichs Außenpolitik in der Kosovokrise war vor allem Institutionenpolitik. Unilaterale Aktionen wie die Anerkennung Jugoslawiens blieben die Ausnahme. Frankreich bevorzugte bi- und multilaterale Kooperationsformen. Bilaterale Initiativen wurden mit Deutschland (Kinkel-Juppé Initiative im November 1997) und Großbritannien (Rambouillet) gepflegt. Als multilaterale Kooperationsforen schätzte Frankreich vor allem die Kontaktgruppe und den UN-Sicherheitsrat (*promoter*), später auch die G-8. Auch die OSZE wurde von Paris stets unterstützt (*supporter*). Die EU wurde hingegen kaum genutzt; der Einbeziehung der NATO folgte Frankreich erst, als die anderen Institutionen blockiert waren. Die französische Diplomatie hielt lange am Primat der UNO fest und hatte sich gegen eine Einbeziehung der NATO gesperrt (*passive complier/reluctant follower*).

(3) Mitteleinsatz:

Alle außenpolitischen Instrumente kamen zum Einsatz. In der ersten Phase waren dies vor allem diplomatische Mittel, insbesondere Aufrufe an die Kriegsparteien sowie Treffen mit Spitzenpolitikern der Region und der großen Mächte. Ergänzt wurden diese traditionellen Aktivitäten um die Beteiligung Frankreichs an Sanktionen jeder Art. War man zu Beginn des Jahres eher zögerlich und unentschlossen, versuchte man in der zweiten Jahreshälfte vor allem die Geschlossenheit der Großmächte sicher zu stellen. Frankreich legte zudem Wert auf symbolische Aktionen (Insistieren auf Verhandlungsort, Führung der Truppe in Mazedonien). Es stellte auch bereitwillig alle vorhandenen militärischen Mittel zur Verfügung, sei es in der ersten Phase für die *extraction force* oder für die Luftschläge in der zweiten Phase. In Bezug auf Selbstbindungen hielt sich Frankreich zurück. Zwar unterstützte es die Perspektive, den Balkan-Staaten einen Beitritt langfristig in Aussicht zu stellen. Doch bevorzugte es Warnungen an beide Konfliktparteien, anstatt sich mit konkreten Drohungen an eine Seite festzulegen (Rambouillet). Eine Selbstbindung im Sinne eines ‚Automatismus‘ nach dem Scheitern der Konferenzen von Rambouillet und Paris lehnte man ab. Adressat der französischen Diplomatie war zunächst die jugoslawische Staatsführung, seit Mitte 1998 erfuhr dann Rugova eine sukzessive Aufwertung. In Rambouillet erst wurde die UÇK zum bevorzugten Ansprechpartner auf kosovo-albanischer Seite. In der Flüchtlingsfrage folgte Paris einer restriktiven Linie der Präferenz von Vor-Ort-Lösungen, nur aufgrund des Drucks seiner EU-Partner erklärte es sich im April 1999 bereit, 10.000 Menschen aufzunehmen.

Kontinuität im französischen Verhalten zeigte sich vor allem:

- im durchweg pro-aktiven Engagement Frankreichs im gesamten Untersuchungszeitraum;
- in der steten Unterstützung der Institutionen UNO und Kontaktgruppe;
- am Festhalten einer neutralen Vermittlerrolle, die sich vor einseitiger Parteinahme oder dezidierten Selbstbindungen hütete.

Wandel im Verhalten äußerte sich:

- im Verlust der Initiative nach Beginn der Bombenangriffe;
- in der Aufgabe einer neutralen Vermittlerposition nach dem Scheitern von Rambouillet;
- im Übergang der aktiven Institutionen von der Kontaktgruppe und UNO-Sicherheitsrat zur NATO;
- im Übergang von rein diplomatischen zu militärischen Mitteln im Frühjahr 1999.

Auch in dieser Fallstudie ergibt sich ein Kontinuitäts- wie ein Wandelrätsel: Das Kontinuitätsrätsel bezieht sich auf Frankreichs Verhalten vor dem Beginn der Luftschläge. Das Wandelrätsel erscheint wiederum interessanter, hat die Regierung mit der aktiven Teilnahme an den Luftschlägen der NATO die Kernpunkte ihrer Kosovopolitik doch drastisch verändert.

4.2.2. Diskursanalyse

4.2.2.1 Diskursstruktur und Textformen

In der Kosovo-Krise wurde der öffentliche Diskurs in wichtigen Medien ausgetragen, da sich die bedeutendsten Diskursträger Frankreichs (Politiker wie Intellektuelle) vor allem dort zu Wort meldeten. Erwähnt seien hier die Auftritte des Außenministers bei TF1, einige Talkrunden zum Thema ‚Kosovo‘, in denen vor allem Politiker und Intellektuelle, nicht etwa Militärs zu Wort kamen.³⁸ In Bezug auf die Regierungsrhetorik sind für den Staatspräsidenten (Jacques Chirac) vor allem Fernsehansprachen zu beachten, da er sich über dieses Medium ‚an die Nation‘ wendet, um seine Politik zu erklären. Der Premierminister (Lionel Jospin), der Außen- (Hubert Védrine) sowie der Verteidigungsminister (Alain Richard), seltener der Minister für europäische Angelegenheiten (Pierre Moscovici), der Minister für wirtschaftliche Kooperation (Charles Josselin) und der Staatssekretär für das Gesundheitswesen (Bernard Kouchner) taten ihre Meinung zum einen in Interviews, zum anderen aber auch im Parlament kund. Letzteres geschah vor allem anlässlich von

³⁸Eine typische Besetzung war eine Talkshow mit Alain Madelin (UDF), Staatssekretär Bernard Kouchner und dem Intellektuellen Bernard-Henry Lévy. Vgl. Isabelle Bourgeois: „Meinungsfront Kosovo. Wie in Frankreich über den Krieg berichtet wird“, epd medien Nr.27 v. 14.4.1999, <http://www.epd.de/medien/1999/27leiter.htm> [15.08.00], S.1-6 (3).

Anfragen durch Parlamentsabgeordnete an die Regierung, die hierzu dann im Plenum oder vor den Ausschüssen³⁹ Stellung nahm. Im Anschluss an eine solche Befragung konnte sich ein Anflug einer Debatte dadurch entwickeln, dass die Fraktionsvorsitzenden oder die Mitglieder des außen- oder verteidigungspolitischen Ausschusses der *Assemblée Nationale* noch Fragen an die Minister stellten. Zu diesem Zweck werden die zwei großen Sitzungen der AN vom 26.3.1999 sowie 27.4.1999 herangezogen, in denen die Kosovopolitik der Regierung diskutiert wurde, zuzüglich eines Berichts der Nationalversammlung⁴⁰.

Die Regierung zeigte sich während des Konflikts sehr auskunftsfreudig, es wurden über 100 Communiqués und über 200 weitere Publikationen allein des Verteidigungsministeriums gezählt (Fortmann und Viau 2000: 104). Alle Äußerungen des Staatspräsidenten sowie der Regierung werden zweimonatlich in der Regierungspublikation „*Politique Etrangère de la France. Textes et Documents*“ veröffentlicht. Hinzu kommen die reichhaltig ausgestatteten Internetseiten der französischen Regierungsstellen. Wurden Verlautbarungen zusammen mit Regierungsmitgliedern anderer Länder oder als ‚Kollektiv‘ (Kontaktgruppe, NATO, EU etc.) abgegeben, wurden sie für den innergesellschaftlichen Diskurs in der Regel außer Acht gelassen, um die im Theorieteil dargelegte Trennung zwischen internationaler und nationaler Ebene zu respektieren (vgl. S. 22).

Eine zweite wichtige Quelle sind Meinungsartikel in wichtigen Tageszeitungen (*Le Monde*, *Libération*, *l'Humanité*, *Le Figaro*). In dieser Debatte hat sich *Le Monde* als die mit Abstand wichtigste Zeitung erwiesen, weswegen weitere nur ergänzend zu Rate gezogen wurden. Um einen Überblick über die Aufmerksamkeit zu verschaffen, die die Printmedien dem Kosovo-Konflikt widmeten, wurde die Wochenzeitschrift *L'Express* im Zeitraum Februar 1998 bis Juni 1999 herangezogen, um so einen (Aufmerksamkeits-)Diskursverlauf skizzieren zu können. Editorials und Meinungsartikel sowie Interviews wurden gleichfalls in die Diskursanalyse einbezogen. Als weitere Quellen wurden Überblicksartikel in deutschen oder englischsprachigen politischen Fachzeitschriften und im Internet⁴¹ ausgewertet. Sie widmeten sich häufig einzelnen Diskursteilnehmern oder Parteien und waren insofern nützlich, als sie einen guten Einstieg in die Debatte erlaubten und – im Einzelfall – extreme Äußerungen von Diskursteilnehmern belegen halfen. Schließlich waren die in der Regel monatlich oder vierteljährlich erscheinenden Fachzeitschriften (*défense nationale*, *La revue internationale et stratégique*,

³⁹Vgl. die Anhörung von Védrine am 6.4., 19.5. und 22.6. vor dem verteidigungspolitischen und außenpolitischen Ausschuss, die von Védrine, Richard und Josselin am 20.4. vor den gleichen Ausschüssen, ergänzt um die Delegation der AN bei der EU, sowie die von Richard vor dem verteidigungspolitischen Ausschuss am 18.5. und 9.6.1999.

⁴⁰Rapport d'Information sur le conflit du Kosovo, Assemblée nationale N2022, enregistré à la Présidence de l'Assemblée nationale le 15 décembre 1999 (Berichterstatter: Paul Quilès und François Lamy), www.assemblee-nationale.fr/rap-info/i2022.asp [5.1.02].

⁴¹Hierbei ist auffällig, wie viele Einschätzungen verschiedener Provenienz sich im Internet über rechte Parteien in Frankreich finden lassen, z.B. unter: www.trend.parisan.net, www.jungefreiheit.de, www.wsws.org/de, www.nadir.org, www.lightparty.com.

Politique internationale, Politique Etrangère) zu beachten, wobei auch hierbei – eine französische Spezialität – Blätter des politischen oder philosophischen Diskurses besonders hervorzuheben sind (*Les Temps Modernes, le débat, ESPRIT, Marianne*).

In der öffentlichen Wahrnehmung spielen zudem noch zwei Diskursformen eine Rolle, die auch im Kosovokonflikt von Bedeutung waren. Es sind dies zum einen öffentliche Aufrufe, Unterschriftenaktionen und Petitionen, die in der Regel von Intellektuellen lanciert und von der Presse aufgegriffen und kommentiert werden.⁴² Zum anderen sind Demonstrationen als Ausdrucksform des Protests zu nennen, im konkreten Fall die Antikriegsdemonstrationen am 26. März und 1. April sowie die Großveranstaltung zum 1. Mai 1999.

4.2.2.2 Diskursverlauf

Die Ereignisse des Jahres 1998 hatten die französische Öffentlichkeit nicht wirklich zu mobilisieren vermocht. Zwar mahnten einige Experten, die die Entwicklungen in der Region aufmerksam verfolgten, bereits Anfang 1998 ein Aktivwerden der internationalen Gemeinschaft an, jedoch kam eine lebhafte Debatte erst in Gang, als Bomben der NATO auf Belgrad fielen (2./3.4.1999).⁴³ Viele Intellektuelle griffen nun in die Debatte ein, die zudem parteipolitisch dadurch interessant wurde, dass zur gleichen Zeit der Wahlkampf für die Europawahlen begonnen hatte. Diese Einschätzung des Debattenverlaufs wird sowohl von einer explorativen Analyse der politischen Wochenzeitschriften *L'Express* und *Le Point* als auch von der Regierungs- und Parlamentsrhetorik gedeckt. So erscheinen erst mit der *activation order* der NATO im Oktober 1998 systematische Beiträge im *Express*, allerdings auf hinteren Seiten. Im Januar 1999 rückte das Thema dann allmählich nach vorne und wurde am 4.2. zum ersten Mal im Leitartikel von André Glucksmann aufgegriffen. Im Februar und März 1999 verdichteten sich die Berichte, und nach dem Beginn der Luftschläge wurden auch Interviews mit einer Einschätzung der Lage veröffent-

⁴²So etwa der Aufruf zu sofortiger Beendigung der Luftangriffe von Pierre Bourdieu, vgl. *Le Monde* v. 31.3.1999. Ein vom rechtsextremen Intellektuellen Alain de Benoist initiiertes Aufruf „*Les Européens veulent la paix*“ fand zunächst die Unterstützung von Marianne-Herausgeber Jean-François Kahn sowie Mitgliedern des MDC. Sie zogen ihre Unterschrift jedoch alsbald zurück. Marie-France Etchegoin: „Munichois! Révisionnistes !Fascistes ! Assassins !“, *Nouvel Observateur*, No. 1804 v. 3.6.1999, <http://archquo.nouvelobs.com/index.html> [17.06.03]. Schließlich unterzeichneten 250 Parlamentarier der Linken, die mehrheitlich dem Europaparlament angehörten, einen Aufruf von Georges Sarre (MDC). „Guerre au Kosovo: appel pour la paix d’eurodéputés de gauche“, *Libération* v. 12.5.1999, S.8.

⁴³Vgl. Isabelle Bourgeois: „Meinungsfront Kosovo. Wie in Frankreich über den Krieg berichtet wird“, *epd medien* Nr.27 v. 14.4.1999, <http://www.epd.de/medien/1999/27leiter.htm> [15.08.00], S.1-6 (2).

licht.⁴⁴ Am 1.4. und 8.4. ist der Kosovo-Krieg mit „*L’effroyable Milošević*“ und „*Pourquoi il faut aller jusqu’au bout*“ auf der Titelseite präsent, in den folgenden Nummern blieb es Titelthema mit breiter Hintergrundberichterstattung. Im Mai ging das Interesse wieder zurück und nach einem kleinen ‚Hoch‘ des Themas in den ersten Juniwochen verschwand die Kosovo-Problematik aus der laufenden Berichterstattung.

Betrachtet man die Aktivitäten der Regierungsmitglieder sowie des Staatspräsidenten, ergibt sich ein ähnliches Bild.⁴⁵ Im Laufe des Jahres 1998 war es praktisch ausschließlich Außenminister Védrine, der die französische Diplomatie führte und erklärte. Nur sehr vereinzelt wurde er bei seinen Aufgaben vom Minister für Europäische Angelegenheiten, Pierre Moscovici, dem Verteidigungsminister Alain Richard oder dem Minister für Kooperation und Francophonie Charles Josselin unterstützt. Premierminister Lionel Jospin und Staatspräsident Jacques Chirac traten in dieser Zeit zum Thema ‚Kosovo‘ so gut wie nicht in Erscheinung. Das ‚Kosovo‘ wurde für die französische Spitzendiplomatie erst seit Februar 1999 zu einem Hauptthema. Als Ausnahmen von dieser Beobachtung können lediglich Erklärungen des Staatspräsidenten anlässlich Europäischer Ratsreffen sowie Reden auf Auslandsreisen⁴⁶ gelten. Chirac schaltete sich erst Anfang Februar zur Eröffnung der Rambouillet-Konferenz und Mitte Februar mit einem Interview mit AP in die Debatte ein, Jospin nahm einige Tage später bei ‚France 2‘ Stellung zur Eskalation der Kosovo-Krise. Aber auch im Februar und März 1999 blieb es noch bei der Dominanz des Außenministers, der die Konferenz von Rambouillet quasi im Alleingang managte. Staatspräsident Chirac äußerte sich nur beiläufig zu den Vorkommnissen anlässlich eines Besuchs von Bundeskanzler Schröder in Paris (19.3.) und am Rande der Agenda 2000-Verhandlungen in Berlin (24.3.1999). Erst nach dem Beginn der Bombenangriffe wurde Chirac aktiver, zunächst in seiner Ansprache vor den Präfekten (26.3.), dann massiv mit mehreren Fernsehansprachen (29.3., 6.4., 21.4., 27.5.1999), schließlich auch vermehrt mit Interviews (mit der finnischen ‚YLE‘ am 6.5., mit TF1 am 10.6., mit CNN am 20.6.). Hinzu kamen die schon erwähnten Pressekonferenzen anlässlich von Gipfeltreffen.⁴⁷ Nach dem Beginn der Luftschläge wuchs offensichtlich auch der Bedarf an innenpolitischer Legitimierung und Aufklärung: Nach dem 23. März erschienen die Minister, vor allem aber Premierminister Jospin in kurzen Abständen vor der AN und den relevanten Ausschüssen, um Fragen zu beantworten („*réponse à des questions d’actualité/questions écrites*“) oder Erklärungen abzugeben („*intervention*“).

⁴⁴Vgl. das Interview mit François Heisbourg „Je crains une retraite sans gloire“, L’Express v. 1.4.1999, S.52.

⁴⁵Vgl. den „*Index par pays*“ zu „*Yougoslavie*“ im untersuchten Zeitraum in: „*Politique Etrangère de la France*“, Textes et Documents, Paris (Jan. 1998-Juin 1999).

⁴⁶Erwähnenswert sind der Besuch Chiracs in Sarajewo vom 7.4.1998 sowie die Visite Jospins in den USA vom 19.6.1998.

⁴⁷So der NATO-Gipfel in Washington am 23./24.4., das Treffen des Weimarer Dreiecks am 7.5., der deutsch-französische Gipfel in Toulouse vom 28.-29.5. und der EU-Gipfel von Köln am 4.6.1999.

Für die Regierungen der europäischen Staaten stellte der Luftkrieg gegen Serbien eine Belastungsprobe dar, die sich verschiedentlich äußerte. Die französischen Entscheidungsträger zeigten sich jedoch bemerkenswert geschlossen:

„Perhaps most remarkable that there seems to exist more political unity on the war in Paris than in Washington!“
(Fortmann und Viau 2000: 105)

Dies erscheint bemerkenswert, stellt man in Rechnung, dass zu dieser Zeit der Europawahlkampf vor der Tür stand und die *Cohabitation* fast das gesamte politische Spektrum abdeckte: Sozialisten (inklusive *Mouvement des citoyens*, MDC), Grüne und Kommunisten bildeten zusammen die Regierung, während Staatspräsident Chirac dem oppositionellen RPR angehört. Premierminister Jospin und Staatspräsident Chirac demonstrierten in der Kosovofrage eine bemerkenswerte Einigkeit.⁴⁸ Gleichwohl lassen sich gerade in der Begründung der französischen Politik unterschiedliche Argumentationsmuster herausarbeiten. Zudem färbte die Einigkeit der Regierung keinesfalls auch auf die Parteien ab: sie waren in der Frage extrem zerstritten, was auch für die Linke – in großem Unterschied zum Zweiten Golfkrieg – galt (Lamizet und Debras 2001: 115).

4.2.2.3 Inhaltliche Diskursanalyse

Im Folgenden wurden die Äußerungen der Diskursteilnehmer vor allem danach untersucht, welche Begründungen (*reasons for action*) sie für die französische Außenpolitik anführen. Als Unterfragen werden eingeführt:⁴⁹

- Wie wird der Kosovo-Konflikt – zunächst die Gewaltausbrüche 1998, dann der Luftkrieg zwischen der NATO und Serbien – gesehen? Welche Rolle spielt dabei Milošević?
- Wie werden die Strategien und Mittel beurteilt, die zur Konfliktlösung eingesetzt werden? Spezieller, wie wird der Einsatz von Bodentruppen gesehen?
- Wie wird die Legitimation des Einsatzes bewertet?
- Welche anderen wichtigen Akteure oder Institutionen werden wie eingeschätzt?
- Wie wird die Rolle Frankreichs im Konflikt eingeschätzt und wie soll die französische Politik agieren (Handlungsanweisung)?

⁴⁸Vgl. Denis Jeambar: „La France dans la guerre“, L'Express v. 15.4.1999, S.26-28 (27).

⁴⁹Vgl. die Ausführungen zu Beginn dieses Kapitels, S.125.

Vor dem Beginn der Luftschläge – *promoter uncontested*

Die französische Öffentlichkeit blieb von den Ereignissen des Jahres 1998 weitgehend unberührt. Bereits früh hatte sich jedoch Außenminister Védrine, wie von Richard und ihm selbst immer wieder betont, zusammen mit seinem Amtskollegen Kinkel besorgt zur merklichen Eskalation der Gewalt geäußert.⁵⁰ Nach dem Bekanntwerden massiver Vertreibungen, Brandschätzungen und der Ermordung von Kosovo-Albanern in der Dreniça sahen die westlichen Regierungen mehr und mehr die Notwendigkeit, auf die Ereignisse zu reagieren. Védrine erwähnte Dreniça explizit als formatives Ereignis⁵¹ und analysierte dabei den Konflikt als ein Wechselspiel von Provokationen und Reaktionen beider Seiten seit 1989. Die UÇK erschien ihm als „*guérilla*“ in einem „Pulverfass Kosovo“.⁵² Diese Sichtweise blieb in der Öffentlichkeit – gerade von wissenschaftlicher Seite – zwar nicht unwidersprochen,⁵³ konnte sich jedoch zunächst durchsetzen. Den Kosovo charakterisierte Védrine in der Sicht der Serben als die „Wiege ihres Landes, die Wiege ihrer Geschichte“.⁵⁴ Zur Verantwortung Miloševićs überlieferte sich der Außenminister nicht, dies blieb vereinzelt Kommentatoren überlassen, die an dessen „*machiavélisme politique*“ erinnerten, an sein Ziel eines Großserbiens und an dessen Spießgesellen Arkan und andere, die die Massaker von Vukovar und Srebrenica zu verantworten hätten.⁵⁵

Die **Kriegsgründe** waren für Védrine eingebettet in die allgemeinen Ursachen für den Zerfall des jugoslawischen Bundesstaates, u.a. die aus seiner Sicht verfrühte Anerkennung Sloweniens und Kroatiens 1991. Er betonte zu vielen Gelegenheiten, dass im Unterschied zur Situation 1991 nun kein Staat mehr – „aus politischen wie geopolitischen Gründen“ – die Unabhängigkeit des Kosovo wünschte, sondern alle eine ‚substantielle Autonomie‘ bevorzugten.⁵⁶ Damit setzte er sich deutlich von den Vorstellungen Ibrahim Rugovas ab, der die Unabhängigkeit als einziges Mittel ansah, die Region zu stabilisieren.⁵⁷

Als **Ziel der westlichen Politik** postulierte Védrine die Reintegration Jugoslawiens in die Welt und die Verbesserung des Weges nach Europa. Der EU komme

⁵⁰Richard (5.11.1998) u. (Védrine 11.5.1998).

⁵¹Védrine (11.5.1998).

⁵²Védrine (27.8.1998) S.158.

⁵³„(...) *le terrorisme n'est pas ‚albanais‘, mais bien serbe: c'est celui d'un Etat qui terrorise et qui tue des populations*“, Marie-Françoise Allain : „Kosovo : l'odeur de la guerre“, Le Monde v. 24.2.1998, S.17.

⁵⁴Védrine (3.3.1998).

⁵⁵Alexandre Escudier: „Kosovo, Gordogane-Milošević nous salue bien“, Le Monde v. 13.3.1998, S.16. Finkielkraut und Garapon erwähnten im Zusammenhang mit den Vertreibungen von Orahovac bereits den Begriff der „*nettoyage*“. Alain Finkielkraut u. Antoine Garapon: „L'amour selon Slobodan Milošević“, Le Monde 4.8.1998, S.1.

⁵⁶Védrine (9.4.1998), (21.4.1998) u. (13.10.1998).

⁵⁷Ibrahim Rugova: „L'indépendance est le seul moyen de stabiliser la région“, Interview mit Denis Hautin Guiraut, Le Monde v. 26.3.1998, S.4.

dabei die wichtige Rolle zu, dies zu ermöglichen.⁵⁸ Später präzisierte der Außenminister, es gehe darum „*européaniser les Balkans*“.⁵⁹ Im weiteren Verlauf des Jahres und unter dem Eindruck zunehmender Gewalttätigkeiten trat zunehmend das Ziel hinzu, eine sich neuerlich anbahnende „menschliche Tragödie“ zu verhindern.⁶⁰ Zudem erschien der Konflikt jetzt mehr und mehr die Stabilität in der Region zu bedrohen – eine Einschätzung, die von ‚*area experts*‘ bereits früher in *Le Monde* geäußert worden war.⁶¹ Im Januar äußerte der Chef des *Quai d’Orsay* die Befürchtung, dass die Situation im Kosovo außer Kontrolle geraten und durch die Anhänger eines Großalbanians die Stabilität Albaniens, Mazedoniens und Montenegros gefährden könnte.⁶²

In der Aufzählung relevanter **Akteure** benannte der Außenminister die USA, Russland und Europa.⁶³ In Bezug auf die Konfliktlösung stand für ihn Europa im Zentrum der Überlegungen. Frankreich wiederum fiel unter den Europäern eine „*rôle leader*“ zu.⁶⁴ Dass mit ‚Europa‘ institutionell nicht unbedingt die EU gemeint war, wurde in zweierlei Hinsicht deutlich: Zum einen schätzten die französischen Diskursträger in der Regierung die Kontaktgruppe als Entscheidungsforum und sahen hier Europa durch das Vereinigte Königreich, Deutschland, Italien und Frankreich ausreichend repräsentiert. Védrine legte den Akzent auf den effektiven Einfluss der Europäer und lobte dieses Repräsentationsmodell als „beispielhaft“.⁶⁵ Die hohe Wertschätzung der ad hoc-Zusammenarbeit der großen Mächte brachte Védrine auch in legitimatorischer Hinsicht klar zum Ausdruck:

„*Ce qu’on appelle ‚la communauté internationale‘ en l’occurrence, c’est le groupe de contact*“.⁶⁶

Zum zweiten sah er auch bilaterale Initiativen wie den Kinkel-Védrine Vorstoß vom November 1997 oder die franko-britische Verhandlungsführung in Rambouillet als repräsentativ für ‚Europa‘ an.

Dies alles bedeutete jedoch nicht, dass die USA ausgeschlossen bleiben sollten, im Gegenteil: Ihr Engagement war „*souhaité par tous les protagonistes*“.⁶⁷ Sein

⁵⁸Védrine (7.3.1998), S.39f. u. (4.3.1999).

⁵⁹Védrine (21.1.1999).

⁶⁰Védrine (8.10.1998).

⁶¹Védrine (29.7.1998) u. (13.10.1998). Für die Situation in Albanien vgl. etwa die Ausführungen des Schriftstellers Ismail Kadaré: „*Ne laissez pas l’Albanie se suicider*“, *Le Monde* v. 13.3.1997; Marie-Françoise Allain: „*Kosovo : l’odeur de la guerre*“, *Le Monde* v. 24.2.1998; Paul Garde: „*Kosovo : un Dayton, tout de suite*“, *Le Monde* v. 12.3.1998.

⁶²Védrine (19.1.1999), S.76.

⁶³Védrine (10.2.1999).

⁶⁴Richard und Védrine (5.11.1998), S.36.

⁶⁵Védrine (22.2.1999) u. (10.2.1999), S.241.

⁶⁶Védrine (29.7.1998), S.85.

⁶⁷Védrine (9.4.1998), S.175

Parteikollege Paul Quilès, Vorsitzender der Verteidigungskommission der AN, warnte jedoch bereits:

*„ Nous ne voulons pas d'une répartition des rôles qui confie aux état-majors américains la direction stratégique des opérations et aux effectifs européens la tâche (et le risque) de l'exécution sur le terrain “.*⁶⁸

Der Part Russlands wurde aber als noch wichtiger eingeschätzt als die Einbeziehung der USA, Russland sollte aktiv an der Gestaltung Europas teilnehmen: *„C'est un impératif géopolitique d'avenir.“*⁶⁹ Weder die Unterschiede in der Sanktionspolitik der Kontaktgruppenstaaten 1998 noch die Weigerung Russlands nach dem Scheitern von Rambouillet, militärischem Druck zuzustimmen, wurden von Védrine bis zum Beginn der Luftschläge je erwähnt, stattdessen hob er auf die Zielkonvergenz der Staaten ab sowie auf ihre Einigkeit ‚im Prinzip‘.⁷⁰

Der Außenminister beurteilte die scheinbare Annäherung zwischen dem jugoslawischen Machthaber und Kosovarenführer Rugova, die sich als taktisches Manöver Miloševićs herausstellen sollte, als *„véritable avancée“* und sah die französische **Diplomat**ie bestätigt.⁷¹ Überhaupt schätzte er die Strategie der Kontaktgruppe, graduelle Sanktionen mit einer stets positiven Perspektive für Belgrad zu kombinieren.⁷² Hiermit handelte er sich jedoch die Fachkritik ein, die Nachgiebigkeit der französischen Politik hätte Milošević geradezu zu einer neuen Offensive gegen die Zivilbevölkerung ermuntert.⁷³ Als sich die Hoffnungen auf eine friedliche Einigung einmal mehr zerschlagen hatten, stellte er klar, dass sich die Drohungen der NATO zugleich an beide Parteien richteten.⁷⁴ Védrine glaubte an die Wirksamkeit eines Mediators, um den Konflikt mit friedlichen Mitteln beizulegen. Im Übrigen waren für ihn zwar *„mesures coercitives“* denkbar, Druck auf den jugoslawischen Machthaber Milošević hielt er gleichfalls für ein wichtiges Mittel in diesem Zusammenhang, militärische Schläge jedoch fand er abwegig.⁷⁵ Diese Meinung änderte sich unter dem Eindruck der Eskalation der Ereignisse langsam im Laufe des Jahres: Schließlich sah er zunehmend die Notwendigkeit, eine glaubwürdige Drohkulisse aufzubauen, die auch in der Lage sein müsse, *„d'employer la force pour obtenir un résultat“.*⁷⁶ Auch das Bild von Milošević schien sich etwas gewandelt zu haben, erwähnte der Außenminister doch jetzt „die

⁶⁸Paul Quilès: „L'OTAN ne doit pas devenir une ‚Sainte Alliance‘, Le Monde v. 1.12.1998, S.16.

⁶⁹Védrine (2.10.1998).

⁷⁰Védrine (13.10.1998) u. (19.3.1999).

⁷¹Védrine (11.6.1998).

⁷²Védrine (11.6.1998).

⁷³Pierre Hassner : „‚Remake‘ en accéléré au Kosovo“, Le Monde v. 13.6.1998, S.13.

⁷⁴Védrine (28.1.1999), S.142.

⁷⁵Védrine (7.3.1998).

⁷⁶Védrine (13.10.1998) u. (2.10.1998).

Erfahrungen von Bosnien“ in einem Atemzug mit seinem Namen.⁷⁷ In jedem Fall aber sollte eine Anwendung von Gewalt gegen das Regime in Belgrad durch ein Mandat des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen legitimiert sein.⁷⁸

Was die Affäre des Majors Bunel anging, der Einsatzpläne der NATO an Belgrad verraten hatte, zeigte sich die französische Politik zugeknöpft. Die Ausführungen von Verteidigungsminister Richard suggerierten, Bunel habe nicht Frankreich, sondern lediglich die NATO verraten.⁷⁹ Sein Amtskollege Védryne antwortete auf die Frage nach der vermeintlichen ‚Serbophilie‘ französischer Militärs lakonisch, dass das Militär keine Freunde oder Feinde habe, dies sei Sache der Politik.⁸⁰

Der Glaube an eine Verhandlungslösung, der bereits durch das Jahr 1998 deutlich geworden war,⁸¹ prägte desgleichen seine Erklärungen während der **Rambouillet**-Konferenz, die er zusammen mit seinem britischen Amtskollegen Robert Cook leitete. Védryne zeigte sich sehr optimistisch, was einen Vertragsabschluss anging und sprach von „*beaucoup de progrès*“ und urteilte über das ‚*interim agreement*‘ der ersten Gesprächsrunde: „(...) *sur les principes fondamentaux nous avons atteint l'accord.*“⁸² Zugleich bescheinigte er Russland noch am 4. März „*un rôle d'équilibre important*“.⁸³ Selbst für den Fall eines Scheiterns der Konferenz lehnte er jedweden Automatismus in Bezug auf Luftschläge der NATO ab.⁸⁴

Die Luftschläge der NATO – *supporter contested*

Mit dem Beginn der Luftangriffe am 24. März 1999 auf serbische Truppen in Jugoslawien wurde die Politik der NATO, aber eben auch Frankreichs zur Zielscheibe heftiger Kritik. Diese Kritik äußerte sich jedoch nur in sehr milder Form im Parlament, sondern wurde vehement vom ganz linken wie rechten politischen Spektrum vor allem in den Printmedien und anderen Foren vorgetragen. Zu bedenken ist, dass nicht einmal die kommunistische Partei (PCF) in der Frage der

⁷⁷Védryne (15.10.1998).

⁷⁸Védryne (27.8.1998) S.158.

⁷⁹Richard (5.11.1998), S.39.

⁸⁰Védryne (5.11.1998), S.40.

⁸¹Z.B. Védryne (4.8.1998).

⁸²Védryne (23.2.1999), auch: (4.3.1999).

⁸³Védryne (4.3.1999).

⁸⁴Védryne (10.2.1999).

Luftschläge einer Meinung war,⁸⁵ einzig der *Front National* wusste sich in seiner Ablehnung der Luftschläge einig.⁸⁶

Die überwiegende Mehrheit der im folgenden Abschnitt Zitierten standen dem militärischen Eingreifen der NATO skeptisch gegenüber. Nur in der Frage der möglichen Unabhängigkeit des Kosovo sowie einer möglichen Bodenoffensive fanden sich auch Kritiker, die die Politik der NATO nicht nur befürworteten, sondern sie sogar als zu zurückhaltend einschätzten.

Nur vereinzelt stand die **Konfliktwahrnehmung** der NATO explizit in der Kritik. Im Verlaufe der Debatte zeigte sich jedoch, dass sich die Interpretation der Ereignisse vor Ort, die Motive der Akteure und dann auch die Wahrnehmung der eigentlichen Konfliktlinien gänzlich unterschieden. So wies der ehemalige Mitterrand-Berater Régis Debray auf die hochkomplexe Struktur der historisch beladenen Konflikte in der Region hin, weswegen sich einfache Lösungen von außen wie die humanitäre Intervention grundsätzlich verböten.⁸⁷ Die humanitäre Intervention – so führte Richards Vorgänger im Amt Charles Millon (PR) aus – basiere auf einem fundamentalen Missverständnis der westlichen Politik, die ihre eigene Konzeption des ‚*Etat-Nation*‘ der Balkan-Region überstülpen wolle, obwohl dies in Kenntnis der Geschichte und der Gesellschaften völlig unangemessen und inadäquat sei.⁸⁸ Die verschiedenen Ethnien, argumentierte Alain de Benoist von der Neuen Rechten, hätten ein Recht auf Selbstbestimmung, und der Erfolg einer westlichen Politik des Festhaltens an heterogenen Staatsgebilden sei zweifelhaft.⁸⁹

Der *Mouvement des citoyens* (MDC) – Teil des sozialistischen Lagers und der Regierung, wenn auch nicht mehr der *Parti socialiste* zugehörig – betonte im Gegensatz dazu das Auseinanderbrechen Jugoslawiens als Grund für die Etablierung ethnisch-religiös definierter Einheiten und den Ausbruch virulenter ethnischer Konflikte. In dieser Argumentationslinie steht die Schuld Miloševićs gleichbedeutend neben der Tudjmans, die – von außen durch Deutschland unterstützt – das Auseinanderbrechen Jugoslawiens betrieben hätten.⁹⁰ Genau das Abgehen vom Ideal

⁸⁵Vgl. Pascal Virot : „Liste PCF : tous d’accord pour être en désaccord sur le Kosovo. La cacophonie n’effraie pas les candidats aux européennes“, *Libération* v. 8.4.1999, S.15.

⁸⁶Der *Front National* war zu dieser Zeit in zwei Lager zerfallen: Das des FN-Gründer Le Pen und in das seines Widersachers Bruno Mégret. In der Kosovo-Krise trugen sie aber ähnliche Argumente vor.

⁸⁷Régis Debray : „Lettre d’un voyageur au président de la République“, *Le Monde* 13.5.1999.

⁸⁸Charles Millon : „Dénationaliser des Balkans ?“, *Le Monde* v. 16.4.1999, S.18.

⁸⁹„Du würdest dich im Gefängnis finden“, *Neue Rechte und der Kosovo-Konflikt. Streitgespräch zwischen Alain de Benoist und Luc Pauwels* v. 18.6.1999, <http://www.jf-archiv.de/-archiv99/259yy30.htm> [3.3.02], S.1-4 (1). Auch Pierre Lellouche (RPR) hielt dies für „*peu réaliste*“, vgl.: *La Commission de la Défense nationale et des Forces armées et la Commission des Affaires Etrangères, Audition de M. Hubert Védrine et M. Alain Richard sur la situation au Kosovo*, 6.4.1999, S.4.

⁹⁰Vgl. den späteren Forschungsminister Roger-Gérard Schwartzberg von den Linksradikalen in seiner Rede in der AN, Schwartzberg (27.4.1999) S.21 sowie Jean-Marc Ayrault von der PS (26.3.1999), S.12.

der französischen ‚nation‘ sei dann auch der Fehler der westlichen Politik, denn: „*la nation ethnique, c'est la guerre*“.⁹¹

RPR-Renegat Charles Pasqua vertrat eine ‚Nischenmeinung‘, wenn er argumentierte, die zwei Probleme des Konflikts speisten sich vor allem aus dem rebellischen Geist der jugoslawischen Armee sowie daraus, dass die Kosovo-Albaner die Mehrheitsbevölkerung im Kosovo stellten.⁹² Ausgehend von einer „*population immigrée (qui) était devenue majoritaire*“ im Kosovo radikalisierte Bruno Mégret (FN) den letzten Gedanken Pasquas und sinnierte über die möglichen Folgen für sich unabhängig erklärende französische *banlieus*.⁹³

Die Hauptargumentation war jedoch eine andere und stellte auf die Allmacht der USA und die Ohnmacht Europas ab.⁹⁴ Die Luftschläge wurden als primär von den USA gewollt und lanciert interpretiert, Europa und Frankreich würden sich dem widerwillig fügen.⁹⁵ Die Argumentationen von ganz links wie rechts einten sehr negative Konnotationen der Vereinigten Staaten. Die USA erschienen dabei als

„ (...) *empire*“ (et) „*superpuissance hégémonique*“,⁹⁶ „(qui) *veulent marquer leur puissance et leur force partout*“.⁹⁷

Voller Absicht hätten sie die Verhandlungen von Rambouillet sabotiert, um ihren Militärschlag auszuführen und ihre strategischen Ziele in der Region zu verfolgen.⁹⁸ Sie würden dabei getrieben durch ihre

„*deux mythes moteurs de l'Odyssee américaine* (...): *l'idéalisme moral et la supériorité technique – disons le wilsonisme et plus le tomahawk*“.⁹⁹

Etwas differenzierter führte der kommunistische Parteichef in der *Assemblée Nationale* aus, es sei den USA vor allem um den Erhalt der NATO sowie der Anwendung des ‚Neuen Strategischen Konzepts‘ gegangen.¹⁰⁰ Didier Motchane (MDC) bemerkte zur Motivlage der Amerikaner:

⁹¹Jean-Christophe Bonté: „Note sur la question du Kosovo“, Mouvement des Citoyens, <http://www.mdc-France.org/positions/kovsonote.html> [13.3.02], S.1-8 (1 u. 2).

⁹²„Pasqua : Chirac obscurit l'Horizon“, Interview mit Charles Pasqua in L'Express v. 22.4.1999, S.17.

⁹³Zit.n. Patrick Jarreau u.a. : „M. Mégret : La France est une nation chrétienne“, Le Monde v. 8.6.1999.

⁹⁴Diese Sichtweise wurde auch von vielen Diskursträgern vertreten, die dem NATO-Einsatz nur eingeschränkt kritisch (wie Philippe Séguin, RPR) oder gar prinzipiell positiv gegenüberstanden (François Bayrou, UDF). Vgl. Eric Mandonnet: „Kosovo: Nuances à droite“, L'Express v. 8.4.1999, S.16.

⁹⁵Die kommunistische Tageszeitung L'Humanité titelte am 26. März: „*L'OTAN go home*“.

⁹⁶Robert Hue : „Que le Conseil de sécurité de L'ONU examine un plan de paix“, L'Humanité v. 28.4.1999.

⁹⁷Claude Cheysson : „Rien ne force la France à suivre l'OTAN“, L'Humanité v. 26.3.1999.

⁹⁸Communiqué de Georges Sarre (MDC) v. 11.6.1999, <http://www.mdc-France.org/actualite/-kosovo.html> [13.2.02].

⁹⁹Régis Debray: „L'Europe somnambule“, Le Monde v. 1.4.1999.

¹⁰⁰Hue (26.3.1999), S.28.

*„L'Amérique entend se servir du conflit du Kosovo pour séparer durablement par un fleuve de ressentiments, et de sang s'il le faut, les Russes des autres Européens“.*¹⁰¹

Innerhalb der linken Kritik wurde zudem gemutmaßt, das Kosovo und ganz Südosteuropa seien reich an Mineralien, wodurch das amerikanische Interesse erklärt werden könne.¹⁰² Eine extreme Wahrnehmung offenbarte Alt-Gaullistin Marie-France Garaud, als sie vermutete, Clinton gehe es im Balkan um die Herstellung eines neuen Gleichgewichts zwischen Islam und Christentum.¹⁰³ Der Front National argumentierte, die NATO bombardiere das christliche serbische Volk zum Schutze einer muslimischen Bevölkerung und wolle muslimische Staaten wie Albanien und Bosnien schaffen, um das christliche Abendland zu zerstören.¹⁰⁴ Ihr Führer Le Pen nannte die Angriffe *„stupide et criminelle“*¹⁰⁵ und fügte hinzu:

*„Je salue l'héroïsme du peuple Serbe dans la défense de son indépendance contre l'Europe de la servilité et de la lâcheté.“*¹⁰⁶

In der Tat erschien ‚Europa‘ in den Kritiken des linken und rechten Spektrums als „politischer Zwerg“, als Erfüllungsgehilfe der omnipotenten USA.¹⁰⁷ Dabei erfülle der Krieg noch einen nützlichen Nebenzweck, denn

*„(..) l'unité politique de l'Euroland a besoin à son tour de sa guerre fondatrice.“*¹⁰⁸

In jedem Fall aber erkenne *„l'Europe somnambule“* nicht, dass seine Interessen fundamental von denen der USA abwichen, und dass die weithin akzeptierten Begriffe ‚Westen‘ und ‚Okzident‘, die ähnliche Wertvorstellungen suggerierten, nichts weiter als eine Chimäre seien.¹⁰⁹ Der Philosoph Baudrillard vermutete gar, die USA sei jetzt darauf aus, Europa klein zu halten, nachdem sie Japan und den Kommunismus besiegt hätten.¹¹⁰ Auch Intellektuelle der extremen Rechten wie Alain de Benoist beschworen in einer Petition die Gefahr der Unterordnung der Europäer unter die amerikanische Hegemonie.¹¹¹ Per rhetorischer Anleihe an den

¹⁰¹Didier Motchane : „La barbarie n'a pas de domicile fixe“, Le Monde v. 6.4.1999, S.12.

¹⁰²Eric Rouleau: „Errements de la diplomatie française au Kosovo“, Le Monde diplomatique, www.monde-diplomatique.fr/1999/12/Rouleau/12754 [14.12.01], S.1-11 (7).

¹⁰³Marie-France Garaud: „Kosovo: l'absurdité et le péril“, Le Monde v. 27.3.1999.

¹⁰⁴Zit.n. Bernhard Schmid: „Der Krieg der Petitionen“, <http://www.nadir.org/nadir/periodika/jungleworld/99/15/20b.htm> [2.3.02], S.1-3 (1).

¹⁰⁵Communiqué de presse de Jean-Marie Le Pen v. 9.4.1999, www.front-national.com [11.03.02].

¹⁰⁶Communiqué de presse de Jean-Marie Le Pen v. 6.4.1999, www.front-national.com [11.03.02].

¹⁰⁷Pierre Vidal-Naquet : „L'Europe, ce nain politique“, L'Humanité v. 27.3.1999 ; ähnlich : Le général Cot : „Cette action va tout compliquer“, L'Humanité v. 26.3.1999 ; „Rober Hue pour une 'grande initiative française“, L'Humanité v. 12.4.1999.

¹⁰⁸Daniel Bensaid : „Leur logique et la nôtre“, Le Monde v. 9.4.1999, S.1.

¹⁰⁹Régis Debray: „L'Europe somnambule“, Le Monde v. 1.4.1999.

¹¹⁰Jean Baudrillard: „Duplicité totale de cette guerre“, Libération v. 29.4.1999, S.6.

¹¹¹Zit.n. Bernhard Schmid: „Der Krieg der Petitionen“, <http://www.nadir.org/nadir/periodika-jungleworld/99/15/20b.htm> [2.3.02], S.1-3 (2).

berühmten Artikel Zolas machte Le Pen das Verhältnis USA-Europa gleichfalls deutlich:

„*J'accuse l'OTAN, cheval de Troie des Américains en Europe*“¹¹².

Frankreichs Verhalten erschien vielen Kritikern als zu passiv, es hätte jede Initiative verloren¹¹³ und sähe sich zurecht dem Vorwurf des „*suivisme*“¹¹⁴ ausgesetzt. In den Augen vieler Kritiker fehlte eine „*grande initiative politique*“.¹¹⁵ Der Regierung unter Sozialistenchef Jospin wurde vom Herausgeber der Zeitschrift *Marianne*, Jean-François Kahn, gar vorgeworfen, mit seiner Politik in der Tradition „sozialdemokratischer aggressiver Außenpolitik der IV. Republik“ – in Anspielung auf Suez und Algerien – zu stehen.¹¹⁶ Einmal mehr, so Ignacio Ramonet in einem Editorial von *Le Monde diplomatique* – seien Humanität und Sozialismus von sozialdemokratischen Regierungen in Europa verraten worden.¹¹⁷

Vereinzelt wurde auch **Deutschland** verdächtigt, in der Tradition Österreich-Ungarns seit zehn Jahren heimlich, aber stetig seinen Einflussbereich auf dem Balkan auszuweiten. Dabei seien dem deutschen Kanzler die Serben, wie schon im Zweiten Weltkrieg, im Wege.¹¹⁸ Deutschland trage schließlich auch die Schuld am Untergang Jugoslawiens und am Nichtzustandekommen Europas, da es sich zum US-Vasallen in Europa mache.¹¹⁹

Ein Hauptkritikpunkt der *anti-frappes* betraf die **Legitimation** des Angriffs der NATO. Zum ersten Mal nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs werde militärisch gegen einen souveränen Staat vorgegangen, ohne dass dieser einen Angriffskrieg durchgeführt oder ein Mitglied der Allianz bedroht hätte.¹²⁰ Zudem verstießen die

¹¹²Discours de Jean-Marie Le Pen lors de la fête de Jeanne d'Arc – 1^{er} Mai 1999, <http://www.front-national.com/discours/1999/1mai99.htm> [11.3.02].

¹¹³Max Gallo und Charles Pasqua : „Pas de paix sans indépendance de l'Europe“, *Le Monde* v. 2.4.1999, S.1.

¹¹⁴Marie-France Garaud: „Kosovo: l'absurdité et le péril“, *Le Monde* v. 27.3.1999. Bruno Mégret, Herausforderer Le Pens innerhalb des Front National, wird mit den Worten zitiert, Chirac und Jospin würden sich verhalten wie „ Clintons Schoßhündchen“; zt.n. „Kosovo's battle for hearts and minds. the mixed feelings of Europeans“, <http://www.lightparty.com/Misc/KosovoBattle.html> [2.3.1999], S.1.

¹¹⁵Daniel Durand: „Pour une stratégie de paix“, *L'Humanité* v. 6.4.1999 ; „Robert Hue pour une grande initiative française“, *L'Humanité* v. 12.4.1999 ; Max Gallo u. Charles Pasqua : „Pas de paix sans indépendance de l'Europe“, *Le Monde* v. 2.4.1999.

¹¹⁶„Marianne“ part en guerre contre l'OTAN“, *Le Monde* v. 31.3.1999.

¹¹⁷Ignacio Ramonet : „Social-conformisme“, *Le Monde diplomatique* v. April 1999, S.1, <http://www.monde-diplomatique.fr/1999/04/RAMONET/11938.html> [24.3.02].

¹¹⁸Marie-France Garaud: „Kosovo: l'absurdité et le péril“, *Le Monde* v. 27.3.1999.

¹¹⁹Eric Rouleau : „Errements de la diplomatie française au Kosovo“, *Le Monde diplomatique*, www.monde-diplomatique.fr/1999/12/Rouleau/12754 [14.12.01], S.1-11 (7).

¹²⁰Hue (26.3.1999), S.27.

Luftschläge gegen das Prinzip der staatlichen Unabhängigkeit.¹²¹ Dabei bemängelte nicht nur die PCF, dass die Operation völkerrechtswidrig sei, da sie doch gegen die UN-Charta verstoße und durch die Resolutionen 1166 und 1203 nicht gedeckt sei. Aber auch im NATO-Vertrag ließe sich keine Rechtfertigung für eine solche Aktion finden. Damit widerspreche die Attacke denjenigen Werten, für die sie einzutreten vorgebe.¹²²

Ein weiterer Kritikpunkt hatte die mangelnde nationale Legitimation zum Inhalt: Die französischen Entscheidungsträger hätten den Luftkrieg beschlossen und begonnen, ohne das nationale Parlament auch nur zu konsultieren. Die weitgehende Marginalisierung des Parlaments wurde scharf kritisiert, und dies nicht nur von den ‚*anti-frappes*‘, sondern über fast alle Parteien hinweg.¹²³ Beispielhaft sei auf die AN-Debatte vom 26.3.1999 verwiesen, als sämtliche Redner zum Auftakt ihrer Rede hierauf eingingen. So bemängelte Claude Goasguen vom liberalen Zentrum (*Démocratie libérale* – DL), dass die Abgeordneten aus den Medien vom Beginn der Luftschläge erfahren hätten und kritisierte dies als einen Rückfall hinter die Ereignisse des Zweiten Golfkriegs, als die Regierung immerhin eine Vertrauensfrage mit einer Debatte über ihre Nahostpolitik verbunden hatte.¹²⁴ Auch Jospins Parteifreunde Jean-Marc Ayrault und Paul Quilès hielten eine bloße Konsultation des Parlaments für nicht ausreichend¹²⁵ und Marie-Hélène Aubert (*les Verts*) wurde noch deutlicher:

„Cependant à notre consternation se mêle aussi la colère. Colère de constater à quel point la démocratie, notre démocratie, a été bafouée dans cette affaire.“¹²⁶

Der ehemalige Staatspräsident Giscard d’Estaing führte für die UDF aus, gerade weil eine Legitimation des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen fehle, bedürfe es

¹²¹Max Gallo und Charles Pasqua : „Pas de paix sans indépendance de l’Europe“, *Le Monde* v. 2.4.1999, S.1.

¹²²Vgl. Michel Muller: „Cette intervention illégale“, *L’Humanité* v. 25.3.1999, aber auch die Beiträge des ehemaligen Außenministers Claude Cheysson : „Rien ne force la France à suivre l’OTAN“, *L’Humanité* v. 26.3.1999, des CGT-Chefs Bernard Thibault : „Arrêter le processus de guerre“, *L’Humanité* v. 26.3.1999 sowie von Alain Peyrefitte: „L’Heure de l’Europe européenne“, *Le Figaro* v. 15.4.1999.

¹²³Dies wird auch im Parlamentsbericht sehr deutlich kritisiert. Vgl. Rapport d’Information sur le conflit du Kosovo, Assemblée nationale N2022, enregistré à la Présidence de l’Assemblée nationale le 15 décembre 1999, (Teil III. Des démocraties modernes face à la guerre), Berichterstatter: Paul Quilès und François Lamy, www.assemblee-nationale.fr/rap-info/i2022.asp [5.1.2002]. In der Debatte vom 26.3.1999 sprach einzig Jean-Bernard Raimond vom RPR das Problem nicht an. Ein Zwischenruf von Pierre Lellouche vom RPR zur Rede von Robert Hue (26), in dem er auf 30 militärische Interventionen in der Zeit der V. Republik hinweist, die offensichtlich sämtlich ohne Parlamentsdebatte durchgeführt wurden, lässt vermuten, dass der RPR dieses Element des ‚*parlamentarisme rationalisé*‘ nicht verändern möchte.

¹²⁴Goasguen (26.3.1999), S.6.

¹²⁵Ayrault (26.3.1999), S.11. Paul Quilès war zu dieser Zeit Präsident des Verteidigungsausschusses der AN, vgl. seine Kritik: Quilès (27.4.1999), S.28.

¹²⁶Aubert (26.3.1999), S.19.

umso mehr einer national gesicherten Legitimation und einer vorhergehenden nationalen Debatte.¹²⁷ Des Weiteren wurden die schlechte Informationsversorgung des Parlaments und der Öffentlichkeit gerügt. Von linker Seite betraf dies vor allem die Vertragsverhandlungen von Rambouillet,¹²⁸ wichtige konservative und sozialistische Mitglieder des Verteidigungsausschusses kritisierten hingegen die fehlenden Informationen über das finanzielle Engagements Frankreichs.¹²⁹

Aber der Krieg sei nicht nur illegal, er sei auch unmoralisch und unehrenhaft.¹³⁰ Es gehe gar nicht um Minderheitenrechte und den Schutz der Flüchtlinge, denn sonst hätte der Westen auch in der Türkei für die Kurden, in Russland zugunsten der Tschetschenen und in Israel zugunsten der Palästinenser eingreifen müssen. Die singuläre und selektive Fokussierung auf den Kosovo belege, dass es in Wahrheit um die Wahrnehmung amerikanischer Interessen gehe.¹³¹

Ein drittes Argument gab vor, die Chancen der Verhandlungen im Vorfeld seien nicht genügend genutzt worden.¹³² Noch weiter wurde das Argument von Eric Rouleau getrieben, der behauptete, die Verhandlungen von Rambouillet wären von den USA gesteuert (wobei sie die UÇK gekauft hätten), für die Serben bewusst unannehmbar formuliert worden und somit von vornherein zum Scheitern verurteilt gewesen.¹³³ Die Parteinahme der NATO zugunsten der UÇK mache ein zukünftiges Miteinander im Kosovo unmöglich und richte sich gegen die serbische Minderheit.¹³⁴ Pasqua brachte das ergänzende Argument, Rambouillet wäre deshalb

¹²⁷Giscard d'Estaing (26.3.1999), S.24.

¹²⁸Eric Rouleau: „Errements de la diplomatie française au Kosovo“, *Le Monde diplomatique*, www.monde-diplomatique.fr/1999/12/Rouleau/12754 [14.12.01], S.1-11 (2-3).

¹²⁹Vgl. Pierre Lellouche (RPR) und Paul Quilès (PS): *La Commission de la Défense nationale et des Forces armées et la Commission des Affaires Étrangères, Audition de M. Hubert Védrine et M. Alain Richard sur la situation au Kosovo*, 6.4.1999, S.21.

¹³⁰Marie-France Garaud in einem Interview im *Parisien* v. 12.4.1999, zit.n. Jean Michel Thenard: „Les européennes se jouent au Kosovo. L'antiaméricanisme sert de cautère à tous les anti-européens“, *Libération* v. 13.5.1999, S.14.

¹³¹Pierre Vidal-Naquet: „L'Europe, ce nain politique“, *L'Humanité* v. 27.3.1999; ähnlich: Jean-François Kahn, vgl. „Marianne part en guerre contre l'OTAN“, *Le Monde* v. 31.3.1999; Ignacio Ramonet: „Social-conformisme“, *Le Monde diplomatique* v. April 1999, S.1, <http://www.monde-diplomatique.fr/1999/04/RAMONET/11938.html> [24.3.02]. Dieses Argument findet sich auch in Stellungnahmen von Politikern, die dem Einsatz im Ganzen gleichwohl zustimmten, z.B. Ayrault (PS) (26.3.1999), S.12.

¹³²Michel Muller: „Cette intervention illégale“, *L'Humanité* v. 25.3.1999; desgleichen: „Francis Wurtz, responsable du département international du PCF, présente une alternative à la guerre“, Interview mit Dominique Bari, *L'Humanité* v. 8.4.1999; Pierre Bourdieu: „Arrêt des bombardements, autodétermination“, *Le Monde* v. 31.3.1999. Dieses Argument findet sich auch in Stellungnahmen bürgerlicher Politiker, die dem Einsatz im Ganzen gleichwohl zustimmten, z.B. Claude Goasguen (26.3.1999), S.10.

¹³³Eric Rouleau: „Errements de la diplomatie française au Kosovo“, *Le Monde diplomatique*, www.monde-diplomatique.fr/1999/12/Rouleau/12754 [14.12.01], S.1-11 (4-5).

¹³⁴Paul-Marie de La Gorce: „Un recours à la force qui ignore le droit international“, *L'Humanité* v. 25.3.1999.

inakzeptabel für Jugoslawien gewesen, weil es den Keim der Unabhängigkeit für das Kosovo in sich getragen habe und schließlich Kosovo die Wiege Serbiens („*le berceau de la Serbie*“) darstellte. Er – Jean-François Kahn brachte das gleiche Beispiel – stellte anschließend die rhetorische Frage, wie Frankreich reagieren würde, wollte man ihm Elsass-Lothringen wegnehmen?¹³⁵

Die Divergenzen in der linken Regierung wurden deutlich, als Innenminister Jean-Pierre Chevènement (MDC) vor einem Ministertreffen eine Denkschrift von Hans Magnus Enzensberger verteilte, die vor einem extremen Universalismus als ‚Allmachtsphantasie‘ warnte.¹³⁶ Als der Deutsche sich jedoch öffentlich von Chevènements Aktion distanzierte,¹³⁷ zog sich der Innenminister aus der Debatte zurück.¹³⁸

Ein weiterer Argumentationsstrang thematisierte die Luftschläge als **Mittel der Politik**. Der Einsatz von militärischen Mitteln wurde als ‚Krieg‘ gebrandmarkt und auf das Schärfste verurteilt.¹³⁹ Zum einen wurde angeführt, dass ein von außen aufgezwungener Krieg als ‚Alles-oder-nichts-Strategie‘ immer ein schlechtes Mittel sei, einen innerethnischen gewalttätigen Konflikt zu lösen und den Frieden zu erzwingen.¹⁴⁰ Darüber hinaus seien Ziele und Folgen der „*diplomatie B52*“¹⁴¹ unklar und keine Exit-Strategie vorhanden.¹⁴² Der ehemalige Präsidentenberater Jacques Attali bezeichnete diese Strategie als „*Fiaskosovo*“, die nur Verlierer hervorgebracht habe.¹⁴³ Jenseits dieses Arguments ging die Kritik auseinander: Glaubten die einen, dass nur Verhandlungen geeignet seien, die verfahrene Situation aufzulösen, stießen sich andere an der Inkonsequenz des Luftkriegs. Strategieexperten wie François Heisbourg, Pierre Hassner und Pascal Boniface, manche Intellektuelle, aber auch die französischen Grünen und einzelne Politiker fanden es unverständlich, dass man sich nicht wenigstens die Option offen gelassen habe, mit dem Einsatz von Boden-

¹³⁵ „Pasqua : Chirac obscurit l’Horizon“, Interview mit Charles Pasqua in L’Express v. 22.4.1999, S.17; „Marianne “part en guerre contre l’OTAN“, Le Monde v. 31.3.1999.

¹³⁶ Vgl. „Extrait de l’interview de Jean-Pierre Chevènement au sujet de la condamnation de Milošević par le Tribunal Pénal International“ sur LCI v. 27.5.1999, <http://www.mdc-france.org/actualite/kosovo.html#kos27051> [13.3.02]; auch : Mechthild Gilzmer : „Sterben für Kosovo ?“, Freitag v. 9.4.1999, <http://www.freitag.de/1999/15/99151502.htm> [2.3.02], S.1.

¹³⁷ Hans Magnus Enzensberger : „Les bizarreries d’une guerre“, Libération v. 15.4.1999, S.16.

¹³⁸ Pascal Virot : „PCF et MDC lancent un tir de barrage contre la guerre au sol.“ Libération v. 22.4.1999, S.16.

¹³⁹ Ariane Chemin : „Robert Hue : cette guerre, c’est une connerie !“ Le Monde v. 27.3.1999, S.4.

¹⁴⁰ Michel Muller: „Cette intervention illégale“, L’Humanité v. 25.3.1999; Eric Rouleau : „Errements de la diplomatie française au Kosovo“, Le Monde diplomatique, www.monde-diplomatique.fr/1999/12/Rouleau/12754 [14.12.01], S.1-11 (5).

¹⁴¹ Max Gallo u. Charles Pasqua : „Pas de paix sans indépendance de l’Europe“, Le Monde v. 2.4.1999.

¹⁴² Le général Cot : „Cette action va tout compliquer“, L’Humanité v. 26.3.1999; Max Gallo u. Charles Pasqua : „Pas de paix sans indépendance de l’Europe“, Le Monde v. 2.4.1999.

¹⁴³ Jacques Attali : „Fiaskosovo“, L’Express v. 22.4.1999, S.16.

truppen zu drohen.¹⁴⁴ Auch die Form des Luftkriegs als ‚postmoderner Krieg‘ wurde stark kritisiert, da die Strategie der „zero morts“, ausgeführt von einer „*armée des lâches*“ fehlgehe.¹⁴⁵ An anderer Stelle argumentierte der Intellektuelle André Glucksmann, dass es peinlich sei, wenn die gleichen Alliierten, die 1944 in der Normandie landen können, sich nicht in der Lage sähen, die Kosovaren zu retten. Zudem sei eine Bodenoffensive gleichermaßen die richtige Strategie gegen großserbische wie großalbanische Ansprüche.¹⁴⁶ Dem widersprach bspw. Christian Lambert, indem er vor einem „*vietnam balcanique*“ warnte und deswegen Bodentruppen ablehnte.¹⁴⁷

Wissenschaftler mit strategischer Expertise bemängelten des Weiteren, dass die westliche Politik ohne Not auf die Möglichkeit verzichtet hätte, mit der Unabhängigkeit des Kosovo zu drohen.¹⁴⁸ Boniface gab gleichwohl zu bedenken, dass es für die Kosovaren selbstzerstörerisch gewirkt hätte, wäre ihnen die Unabhängigkeit versprochen worden. Schließlich sei der Westen nicht gewillt, die Mittel dafür aufzubringen, dies auch zu garantieren.¹⁴⁹

Ein weiterer Schwerpunkt der Kritik an der westlichen und französischen Politik setzte an den **Folgen der NATO-Angriffe** an. Viele Kritiker hielten es zum einen für wahrscheinlich, dass sich die Situation im Kosovo selbst verschlimmern würde und sahen sich durch die Zunahme der Vertreibungen und der Gewalt nach Beginn der Angriffe in dieser Befürchtung bestätigt.¹⁵⁰ Zum anderen würde der wechselseitige Hass zwischen den Konfliktparteien weiter geschürt, die demokratischen Kräfte aber geschwächt:

¹⁴⁴Vgl. François Heisbourg „Je crains une retraite sans gloire“, (Interview) L'Express v. 1.4.1999, S.52, genauso: Edgar Morin : „Le désastre“, Le Monde v. 23.4.1999, S.1 ; „Le Barbare et le Bourgeois“, entretien avec Pierre Hassner, in : Politique Internationale 1999, S.82-98 (87) ; Pascal Boniface : „Le réalisme et la morale“, Le Monde v. 3.4.1999 ; André Ferron, Claude Fischer, Philippe Herzog, Claire Levy, Bernard Marx, Alain Touraine : „L'indispensable défaite de Milošević“, Le Monde v. 7.4.1999 ; Alain Joxe : „Rectifier une incohérence au Kosovo“, Le Monde v. 3.4.1999 ; Alain Madelin : „Sommes nous prêts à nous battre ?“, Le Monde v. 1.4.1999, S.18; Les Verts : „Guerre au Kosovo“, Communiqué à la presse du 28 mars 1999, <http://www.les-verts.org/communiq/com99/com9903.html>, S.1 ; Paul Thibault : „La mauvaise guerre“, L'Express v. 22.4.1999, S.32.

¹⁴⁵André Glucksmann: „Une guerre postmoderne“, L'Express v. 29.4.1999, S.32.

¹⁴⁶André Glucksmann : „La banalité du pire“, L'Express v. 15.4.1999, S.30; ders.: „Le moment ou jamais“, L'Express v. 4.2.1999, S.37.

¹⁴⁷Christian Lambert „Pas de Vietnam balkanique!“, Le Monde v. 2.4.1999.

¹⁴⁸Jean Marie Guéhenno, Pierre Hassner, François Heisbourg und Jacques Rupnik : „L'indépendance du Kosovo comme arme de guerre“, Le Monde v. 31.3.1999.

¹⁴⁹Pascal Boniface : „Le réalisme et la morale“, Le Monde v. 3.4.1999 .

¹⁵⁰Communiqué du secrétariat exécutif du MDC v. 31.3.1999, Pierre Zarka : „Que faire d'autre“, L'Humanité v. 31.3.1999 ; Robert Hue (26.3.1999) S.27 ; Pierre Bourdieu : „Arrêt des bombardements, autodétermination“, Le Monde v. 31.3.1999 ; Olivier Todd : „QG OTAN recherche Clausewitz“, Le Monde 3.4.1999.

„Chaque bombe larguée, chaque destruction, chaque victime renforce le camp des extrémistes, réduit le champ d'intervention des démocrates...“¹⁵¹

Zudem stehe zu befürchten, dass Milošević intern gestärkt würde, weil die Angriffe die serbische Bevölkerung eher zusammen schweißen und den serbischen Nationalismus noch weiter anstacheln würden.¹⁵² Diese interne Stärkung auf der einen Seite und der Gesichtsverlust des jugoslawischen Staatschefs vor der internationalen Gemeinschaft auf der anderen erschwerten zusätzlich die Rückkehr an den Verhandlungstisch.¹⁵³ Jospin und Chirac wurde vorgeworfen, mit dem Luftkrieg sich widersprechende Ziele zu verfolgen: Einerseits betreibe man die Ablösung Miloševićs, andererseits solle genau er die Vereinbarungen von Rambouillet unterzeichnen.¹⁵⁴ Schließlich wurde darauf hingewiesen, dass die Angriffe den Pan-Slawismus Russlands noch weiter stärken würden und auch deshalb im Sinne der Schaffung einer zukünftigen Weltordnung kontraproduktiv seien.¹⁵⁵ Eine weitere Argumentationslinie thematisierte die Auswirkungen des Krieges auf die internationalen Institutionen. So sollten regionale Konflikte auch durch regionale Institutionen (EU, OSZE, WEU) bearbeitet werden. Die transatlantische Dimension sei umso schädlicher, als sie gegen Russland gerichtet sei.¹⁵⁶ Einhellig wurde bemängelt, dass die wichtigen Institutionen UNO, OSZE und EU auf Kosten der NATO, die ihre Existenzberechtigung nach dem Ende des Kalten Krieges sichern wolle, beschädigt würden.¹⁵⁷

Die Reaktion der ‚pro-frappes‘ – supporter re-affirmed

Nachdem die Luftschläge gegen Serbien begonnen hatten, waren es vor allem die folgenden vier Wochen, in denen die schärfste Kritik geäußert wurde. Doch bereits die Äußerungen im Parlament am 26.3.1999 haben verdeutlicht, dass bis auf die

¹⁵¹Robert Hue (26.3.1999) S.28.

¹⁵²Nathalie Clayer : „Les ravages du simplisme“, Le Monde v. 1.4.1999, S.18 ; Jean-Christophe Bonté: „Note sur la question du Kosovo“, Mouvement des Citoyens, <http://www.mdc-France.org/positions/kovsonote.html> [13.3.02], S.1-8 (3). Diese Befürchtung wurde von wichtigen Diskursträgern aus dem bürgerlichen Lager geteilt, z.B. Giscard d'Estaing (26.3.1999), S.23.

¹⁵³Le général Cot : „Cette action va tout compliquer“, L'Humanité v. 26.3.1999 ; vgl. auch den Aufruf von Pierre Bourdieu : „Arrêt des bombardements, autodétermination“, Le Monde v. 31.3.1999 .

¹⁵⁴Paul Thibault : „La mauvaise guerre“, L'Express v. 22.4.1999, S.32 ; auch Pierre Lellouche (RPR) zeigte sich über diese Inkonsequenz sehr verwundert , vgl. Lellouche (6.4.1999) S.4.

¹⁵⁵Michel Muller: „Cette intervention illégale“, L'Humanité v. 25.3.1999. Diese Befürchtung wurde auch von Politikern geteilt, die den Luftschlägen im Ganzen positiv gegenüberstanden, z.B. Aubert (les Verts) (26.3.1999), S.18.

¹⁵⁶Paul Thibault: „La mauvaise guerre“, L'Express v. 22.4.1999, S.32.

¹⁵⁷Jean-Christophe Bonté: „Note sur la question du Kosovo“, Mouvement des Citoyens, <http://www.mdc-France.org/positions/kovsonote.html> [13.3.02], S.1-8 (5).

Kommunisten und den MDC alle übrigen Parteien den Einsatz unterstützten. Die Regierungsparteien wollten die Angelegenheit nicht weiter politisieren, um ihre Regierungsbeteiligung nicht zu gefährden.¹⁵⁸ Zwei weitere Aspekte kamen hinzu: Zum einen schaltete sich jetzt der Staatspräsident durch Fernsehansprachen, der Premierminister durch Parlamentsansprachen und Interviews in die Debatte ein. Zum anderen wurden die *anti-frappes* ihrerseits durch andere Intellektuelle aus den Reihen der ‚*nouveaux philosophes*‘ (André Glucksmann, Bernard-Henri Lévy, Pascal Bruckner und Alain Finkielkraut) vehement attackiert. Auch die große Mehrheit der außenpolitischen Politikberater waren sich in der Unterstützung der Regierung einig. Im Folgenden werden die Hauptargumentationslinien der *pro-frappes* nachgezeichnet.

Die französischen Entscheidungsträger verhehlten nicht, dass sie die Entwicklung der Ereignisse bis hin zum Einsatz der NATO bedauerten. Gleichwohl teilten sie die gemeinsam in der Kontaktgruppe getroffenen Entscheidungen und trugen die fünf gemeinsam formulierten Bedingungen auch in der innergesellschaftlichen Diskussion vor.¹⁵⁹ In der Sache zeigte sich Staatspräsident Chirac mit dem britischen Premierminister Blair einig, dass es darum gehe, eine neuerliche menschliche Tragödie zu verhindern.¹⁶⁰ Darüber hinaus sei die Stabilität der Region bedroht, was wiederum den Frieden auf dem Kontinent und damit langfristig auch die eigene Sicherheit in Frage stellen würde.¹⁶¹

Aus ihrer Sicht trügen beide **Konfliktparteien**, Serben wie Kosovo-Albaner, durch die Radikalisierung ihrer Standpunkte für die verfahrenere Situation vor Beginn der Bombardierung die Verantwortung.¹⁶² Außenminister Védrine antwortete auf die Frage des *Nouvel Observateur*, ob er seine Meinung über Milošević geändert habe, mit einem historischen Exkurs auf die

„*reconnaissances, prématurées et mal préparées, (qui) n’arrêteraient pas le conflit mais le feraient flamber. Ce qui s’est produit.*“¹⁶³

Gleichwohl – das wurde von intellektueller Seite angemerkt – sei das Auseinanderbrechen Jugoslawiens durch das Fehlen einer demokratischen Entwicklung in Belgrad bedingt und somit letztlich unausweichlich gewesen.¹⁶⁴ Zu oft hätte sich

¹⁵⁸So forderte der RPR bereits den Rücktritt der PCF-Minister aus der Regierung wegen der völlig unterschiedlichen Meinung von PS und PC zur Kosovopolitik. Vgl. Gilles Bresson: „La droite se déchaîne contre Jospin. Ses députés dénoncent le ‘grand écart’ gouvernemental sur le Kosovo“, *Libération* v. 1.4.1999, S.4.

¹⁵⁹Jospin (27.4.1999), Chirac (21.4.1999).

¹⁶⁰Chirac (28.1.1999).

¹⁶¹Chirac (28.1.1999), (24.3.1999), (26.3.1999); Jospin (26.3.1999); Richard (24.3.1999).

¹⁶²Jospin (26.3.1999).

¹⁶³Védrine (17.6.1999) S.297.

¹⁶⁴André Fontaine: „Les Serbes, victimes de l’Histoire?“, *Le Monde* v. 6.4.1999 ; (Bougarel 1998: 642).

das serbische Volk dann in einen identitären Nationalismus geflüchtet.¹⁶⁵ Im Detail gingen die Meinungen über die Geschichte Serbiens und ihre Bedeutung für die französische Politik auseinander: Während Jean-Bernard Raimond (RPR) argumentierte, historische Reflexe, die auf die Rolle Serbiens im Ersten Weltkrieg oder die der Ustashi im Zweiten anspielten, seien nicht mehr zeitgemäß und überholt,¹⁶⁶ betonte der Redner der Fraktion der Radikalen, Grünen und Unabhängigen (RVS), Roger-Gérard Schwartzberg, genau diese Verpflichtungen, die sich aus der historischen Opferrolle Serbiens ergäben.¹⁶⁷

Während Außenminister Védrine auch nach dem Beginn der Luftoperationen dabei blieb, dass die Gewaltexzesse im Kosovo auf das Konto der beiden Konfliktparteien gingen,¹⁶⁸ setzten sich Jospin und noch klarer Chirac von dieser Lesart ab. In seiner Rede vor der AN zählte der Premierminister alle Bemühungen der internationalen Gemeinschaft auf, positiv auf die Konfliktparteien einzuwirken und jeder Versuch schloss mit dem resignierenden Mantra: „*en vain*“.¹⁶⁹ Damit seien alle politischen Mittel erschöpft und dafür sei allein Milošević verantwortlich.¹⁷⁰ Chirac wurde noch deutlicher: Es handle sich im Kosovo um eine

„*monstrueuse opération d'épuration ethnique planifiée et conduite avec le plus grand cynisme et la plus grande cruauté par le régime serbe.*“¹⁷¹

Einem solchen Regime, das seit zehn Jahren eine Politik der ethnischen Säuberung verfolge, müsse Einhalt geboten werden, und es entfuhr dem Staatspräsidenten in seiner Fernsehansprache an seine Mitbürger: „*Cela suffit!*“¹⁷² In dieser Sichtweise wurde der Staatspräsident nicht nur von der Regierung, sondern auch von den Fraktionen in der Nationalversammlung deutlich unterstützt.¹⁷³

Die französischen Repräsentanten wie auch die intellektuellen *pro-frappes* sahen durchaus die Analogien vergangener Konflikte auf dem Balkan: Die Lektionen des Krieges in Bosnien,¹⁷⁴ die Stationen des Grauens von Vukovar, Sarajewo und Srebrenica¹⁷⁵ bis hin zum Massaker von Raçak.¹⁷⁶ Die *anti-frappes* sahen andere

¹⁶⁵Claude Goasguen (26.3.1999) S.8.

¹⁶⁶Raimond (26.3.1999) S.15.

¹⁶⁷Schwartzberg (27.4.1999) S.21f.

¹⁶⁸Védrine (7.4.1999).

¹⁶⁹Jospin (26.3.1999).

¹⁷⁰Jospin (26.3.1999); Communiqué der Reg. (24.3.1999).

¹⁷¹Chirac (6.4.1999).

¹⁷²Chirac (29.3.1999).

¹⁷³Vgl. die Redebeiträge von Claude Goasguen, Jean-Marc Ayrault, Jean-Bernard Raimond, Marie-Hélène Aubert und Giscard d'Estaing in der Debatte vom 26.3.1999, Séance du 26 Mars 1999: Situation au Kosovo. Déclaration du Gouvernement et débat sur cette déclaration, Compte rendu intégral, <http://recherche.assemblee-nationale.fr/search97cgi/s97cgi.exe?action=View&VdkVgwK> [1.03.02].

¹⁷⁴Repräsentant bei der UNO (24.3.1999).

¹⁷⁵Jospin (26.3.1999).

historische Bezüge, die eher die alte serbisch-französische Freundschaft betonten und die serbische Opferrolle bedauerten. Besonders die Parteinahme von Régis Debray zugunsten der serbischen Seite¹⁷⁷ erregte die intellektuellen Gemüter und mündete in dem Gegenwurf, der frühere Präsidentenberater würde die Verhältnisse vor Ort gar nicht zur Kenntnis nehmen, sondern ließe sich nur von seinen Vorurteilen leiten.¹⁷⁸ Jospin jedenfalls machte klar, dass er nicht bereit sei, der Eskalation der Gewalt tatenlos zuzusehen:

*„Si la force sans le droit c'est toujours la tyrannie, le droit sans la force c'est l'impuissance.“*¹⁷⁹

Ein Beiseitestehen, so malte Chirac aus, folge dem ‚Geist von München‘ und wäre feige.¹⁸⁰ In der Tat handle es sich um einen „*guerre juste*“.¹⁸¹ Es bedeutete für Frankreich nicht weniger als „*perdre notre âme*“ und deshalb sei der Kampf Frankreichs ein „*combat de l'honneur*“.¹⁸² Der Premierminister pflichtete ihm bei, ginge es doch im Kosovo nicht mehr um einen internationalen Konflikt, sondern eine nationale Frage, die die Fundamente einer Nation beträfe.¹⁸³

Der Staatspräsident selbst hatte anlässlich der Verhandlungen von Rambouillet noch die Konfliktparteien beschworen, auf eine Politik der Aussöhnung einzuschwenken, wie sie Deutschland und Frankreich beispielhaft für Europa vorgelebt hätten.¹⁸⁴ Das serbische Regime stelle sich nunmehr mit seiner Politik der Barbarei „*sur notre sol, notre continent*“ gegen Europa, gegen die Idee der Demokratie und gegen die europäische Idee einer „*certaine idée de l'homme*“.¹⁸⁵ Insofern sah Chirac die Aktionen gegen Serbien als eine neue Qualität an, die den Einsatz über traditionelle Erwägungen erhöhen:

*„(..) le combat (...) est exemplaire. Il n'est pas fondé dans les arrières pensées économiques ou stratégiques, mais sur une conception de la morale et de l'honneur des nations.“*¹⁸⁶

¹⁷⁶Chirac (26.3.1999), Jospin (26.3.1999), Moscovici (19.1.1999). Vgl. auch: Alain Finkielkraut: „Régis Debray, ou les aveuglements de l'intelligence“, Le Monde 4.4.1999.

¹⁷⁷Dies betrifft vor allem die folgenden beiden Beiträge : Régis Debray : „L'Europe somnambule“, Le Monde v. 1.4.1999 und Régis Debray: „Lettre d'un voyageur au président de la République“, Le Monde 13.5.1999.

¹⁷⁸Bernard-Henri Lévy : „Adieu, Régis Debray“, Le Monde v. 14.5.1999 ; Alain Finkielkraut: „Régis Debray, ou les aveuglements de l'intelligence“, Le Monde 4.4.1999 ; Patrice Canivez : „Lettre d'un citoyen ordinaire à un professeur de médiologie“, Le Monde v. 16.5.1999.

¹⁷⁹Jospin (26.3.1999).

¹⁸⁰Chirac (12.4.1999).

¹⁸¹So der Wohnungsbau- und frühere Außenminister Hervé de Charette (27.4.1999) S.17.

¹⁸²Chirac (26.4.1999); Alliot-Marie (27.4.1999).

¹⁸³Jospin (27.4.1999) S.454.

¹⁸⁴Chirac (6.2.1999). Diese Analogie hatte er bereits ein Jahr früher in einer Rede in Bosnien-Herzegowina verwendet: Chirac (7.4.1998).

¹⁸⁵Chirac (24.3.1999), (3.5.1999), (26.4.1999), (10.6.1999); Jospin (26.3.1999).

¹⁸⁶Chirac (3.5.1999).

Damit richteten sich die Luftschläge eben nicht gegen das serbische Volk, sondern gegen seine Unterdrücker.¹⁸⁷

Der Staatspräsident gab noch ein weiteres Motiv für das eigene Handeln jenseits der Werte an:

*„notre détermination militaire et notre engagement humanitaire s’inscrivent dans une perspective plus large, dans une véritable vision politique et diplomatique. Ce qui est en cause, c’est l’équilibre même de notre continent.“*¹⁸⁸

Dieses Motiv wurde auch von anderen bekannten RPR-Politikern betont, und es war für Séguin gar das einzige, das er zur Rechtfertigung der NATO-Intervention gelten ließ.¹⁸⁹ Der Erste Sekretär der PS, François Hollande, sah ebenfalls dieses Motiv gleichauf mit den humanitären Zielen.¹⁹⁰ Chirac betonte, dass sich die französische Politik in eine größere Vision einfüge,

*„une certaine vision de monde, que nous voulons multipolaire, c’est-à-dire composé de grands ensembles vivant en harmonie, l’Europe étant l’un des ces grands ensembles, pour ne pas dire le premier de ces grands ensembles.“*¹⁹¹

Einen weiteren Streitpunkt bildeten die **Ziele und Mittel** eines militärischen Eingreifens. Die Regierung argumentierte, die Luftschläge hätten einzig das Ziel, das serbische Regime zum Einlenken zu bewegen. Nicht etwa das serbische Volk sei Ziel der Angriffe, sondern der militärische und repressive Apparat Miloševićs.¹⁹² Einerseits gab Richard vor, die Schläge verfolgten keine militärischen Ziele,¹⁹³ andererseits – so Jospin – sollten sie die militärischen Kräfte der Serben einschränken.¹⁹⁴ In jedem Falle sollten sie zivile Opfer so weit wie möglich verschonen.¹⁹⁵ Nachdem die Bombardierungen einige Wochen andauerten, sah Chirac keinen Spielraum mehr für Verhandlungen, das Regime sei nicht mehr vertrauenswürdig. Er forderte eine Fortsetzung der Luftangriffe bis zur „*capitulation sans condition*“.¹⁹⁶ Die Ausweitung der Luftschläge verteidigte er explizit und

¹⁸⁷Jospin (26.3.1999); ähnlich: Alain Madelin: „Sommes-nous prêts à nous battre ?“, Le Monde v. 1.4.1999, S.18.

¹⁸⁸Chirac (12.4.1999).

¹⁸⁹Zit.n.: Eric Mandonnet: „Kosovo: Nuances à droite“, L’Express v. 8.4.1999, S.16. Das Argument liegt auf einer Linie mit Paul Thibault, der die „*rhétorique de diabolisation*“ als nicht ausreichend befand, nur geopolitische Gründe könnten ein Eingreifen des Westens rechtfertigen. Paul Thibault: „La mauvaise guerre“, L’Express v. 22.4.1999, S.32.

¹⁹⁰So „François Hollande: „L’Europe de la défense, une exigence“ Interview mit Judith Perrignon und Jean-Michel Thenard, Libération v. 10.4.1999, S.13.

¹⁹¹Chirac (10.6.1999).

¹⁹²Jospin (26.3.1999), (4.6.1999).

¹⁹³Richard (30.3.1999).

¹⁹⁴Jospin (27.4.1999) S.449.

¹⁹⁵Kelche (30.3.1999).

¹⁹⁶Chirac (3.5.1999). u. (10.6.1999).

wurde dabei u.a. von Pierre Hassner unterstützt, der argumentierte, dass eine Unterbrechung einen Sieg für Milošević bedeuten würde, könne er dann doch Abstriche von den als unverhandelbar deklarierten Punkten von London verlangen.¹⁹⁷ Auch François Hollande machte im Parlament klar, dass eine Rückkehr zum Status quo einer Anerkennung der ethnischen Säuberungen gleichkommen würde. Eine Alternative zum Weiterführen der Luftschläge würde nur im Einsatz von Bodentruppen bestehen können.¹⁹⁸ Giscard d'Estaing mahnte gleichwohl an, die Luftschläge sollten vom Verhalten der serbischen Verbände im Kosovo abhängig gemacht werden.¹⁹⁹

Es gehe – so der Staatspräsident und ein hoher Vertreter der Katholischen Kirche – nicht um Luftschläge versus Frieden, sondern die Alternative sei: Luftschläge jetzt oder Krieg später.²⁰⁰ Milošević würde schon nachgeben, wenn zwei Bedingungen erfüllt wären: Russlands Rückkehr in das westliche Lager sowie – damit zusammenhängend – die vollständige Isolierung Serbiens.²⁰¹

Die Eskalation der Gewalttaten nach Beginn der Bombenangriffe – so der Außenpolitikspezialist Daniel Vernet und Staatssekretär für die Gesundheit, Bernard Kouchner, habe nicht die NATO, sondern das serbische Regime zu verantworten. Dies hätten die langsame Steigerung der Aggressionen im Verlaufe des Jahres 1998 wie auch die sukzessive Verstärkung der Truppen im Kosovo gezeigt.²⁰²

Aus vorangegangenen Äußerungen Chiracs ließ sich zudem entnehmen, dass Milošević auch in den Augen der französischen Entscheidungsträger vom Verhandlungspartner zum Kriegsverbrecher geworden war.²⁰³ So betonte Jospin in einem Fernsehinterview die Bereitschaft zur Fortführung der Angriffe und deutete erstmals eine Anklage Miloševićs vor dem Internationalen Gerichtshof an. Der Premierminister schrieb die Verantwortung für die ethnischen Säuberungen voll und ganz „*M. Milošević*“ zu.²⁰⁴ Demgegenüber weigerte sich sein Außenminister, den jugoslawischen Staatschef zu verurteilen und wählte entweder die Formulierung „*autorités/dirigeants de Belgrade*“ oder blieb gar bei „*le président Milošević*“.²⁰⁵ Innenminister Chevènement kritisierte, dass es nicht geschickt sei, einen möglichen Verhandlungspartner zu kriminalisieren, erntete aber dafür massive Kritik einiger Intellektueller. So argumentierte Glucksmann, dass die serbo-französische Freund-

¹⁹⁷Chirac (21.4.1999) ; Pierre Hassner: „Kosovo : devant l'échec“, Le Monde v. 28.4.1999, S.1.

¹⁹⁸Hollande (27.4.1999) S.7.

¹⁹⁹Giscard d'Estaing (26.3.1999) S.24 u. 25.

²⁰⁰Chirac (26.3.1999) ; Jacques Delaporte: „Imposer la paix pour les armes“, Le Monde v. 5.4.1999, S.1.

²⁰¹Chirac (10.6.1999).

²⁰²Daniel Vernet : „Ce crime au coeur de l'Europe“, Le Monde v. 22.4.1999, S.15 ; Kouchner (1.4.1999).

²⁰³NZZ v. 10./11.4.1999.

²⁰⁴Jospin (31.3.1999).

²⁰⁵Védrine (7.4.1999), (18.5.1999), (21.5.1999), (5.6.1999).

schaft zum einen nunmehr überstrapaziert sei²⁰⁶ und zum anderen, dass Milošević seine kriminelle Energie in jeder Hinsicht unter Beweis gestellt habe.²⁰⁷ Eine Anklage vor dem Internationalen Gerichtshof sei deshalb mehr als gerechtfertigt.

Was den Einsatz von **Bodentruppen** anging, zeigten sich Premierminister wie Staatspräsident skeptisch. Jospin gab folgende Aspekte zu bedenken:²⁰⁸

- Dies würde die Akzeptanz eigener Opfer bedeuten.
- Die Logik des Krieges würde Belgrad als Endziel haben.
- Es drohe eine weitere Destabilisierung des Balkans.
- Das Verhältnis zu Russland würde auf lange Zeit zerrüttet.

Während der laufenden Operationen hatte sich Verteidigungsminister Richard in dieser Frage zurück gehalten.²⁰⁹ Védrine hielt einen Einsatz von Bodentruppen nicht für sinnvoll und Chirac beteuerte später, er hätte diesen Einsatz nie ernsthaft erwogen.²¹⁰

Der Staatspräsident hätte es bevorzugt, wenn die Luftschläge unter UNO-Mandat hätten durchgeführt werden können.²¹¹ Die Schläge seien trotzdem legitim, da das Endziel des Friedens doch allzu offensichtlich sei.²¹² In den Parteien war die Meinung konsensual, dass die Stationierung einer Streitmacht der Legitimierung durch den UN-Sicherheitsrat bedürfe.²¹³ In Fachkreisen wurde argumentiert, die Resolutionen 1199 und 1203 des UNO-Sicherheitsrates genügten zwar nicht einer strikten Legalitätsanforderung, doch ließe die Schwere der vorliegenden Menschenrechtsverletzungen ein Eingreifen ausnahmsweise legitim erscheinen:

*„(...) le “nettoyage ethnique“ était suffisamment grave pour motiver une conduite d’exception. Et – deuxième point – l’intervention était faisable. Si nous pouvions intervenir, nous devions intervenir.“*²¹⁴

²⁰⁶ André Glucksmann: „Le moment ou jamais“, L’Express v. 4.2.1999.

²⁰⁷ André Glucksmann: „Ubu est nu“, L’Express v. 3.6.1999, S.21. Die Benennungen für den jugoslawischen Staatschef ließen in Glucksmanns Kommentaren im *Express* jetzt an Deutlichkeit nichts mehr zu wünschen übrig: „*La cause de guerre n° 1.*“, „*banalité du pire*“, „*chef de guerre*“, „*brun-rouge*“ und „*l’anti-Havel*“, vgl. André Glucksmann: „Le moment ou jamais“, L’Express v. 4.2.1999; ders.: „Kosovo: le moment ou jamais“, L’Express v. 15.4.1999, S.30; ders.: „Europe, an 1“, L’Express v. 1.4.1999, S.49.

²⁰⁸ Jospin (27.4.1999).

²⁰⁹ Richard (27.3.1999).

²¹⁰ Védrine (7.4.1999); Chirac (10.6.1999).

²¹¹ Chirac (10.6.1999).

²¹² Chirac (26.3.1999).

²¹³ Hollande (27.4.1999) S.8 u. Alliot-Marie (27.4.1999) S.12.

²¹⁴ „Le Barbare et le Bourgeois“, entretien avec Pierre Hassner, in: *Politique Internationale* 1999, S.82-98 (83). Vgl. auch das Interview mit François Heisbourg „Je crains une retraite sans gloire“, L’Express v. 1.4.1999, S.52.

In der Frage der nationalen **Legitimation** nahm Premierminister Jospin die Kritik auch aus seinem eigenen Lager wohl zur Kenntnis, obwohl er beteuerte:

*„Le Parlement a été informé et associé par le gouvernement à chaque étape du processus diplomatique en cours.“*²¹⁵

Er stehe einer Reform der Institutionen durchaus aufgeschlossen gegenüber.²¹⁶ Die späte Konsultation des Parlaments hatte er mit den Agenda 2000-Verhandlungen in Berlin gerechtfertigt, die ihm ein zeitlicheres Erscheinen unmöglich gemacht hätten. Durch Nachfragen in die Enge getrieben, machte er die Verfassung der V. Republik für die beschnittenen Rechte des Parlaments verantwortlich, für die er schließlich nichts könne, da er zu dieser Zeit nicht einmal gewählt habe.²¹⁷ Er versprach mehr Transparenz und Dialog und in der Folge erschien er oft vor dem Parlament und seinen Ausschüssen, um für die Regierung Rede und Antwort zu stehen. Zudem ließ er sich das Versprechen abnehmen, vor einem möglichen Bodeneinsatz von französischen Streitkräften würde das Parlament auf jeden Fall befragt, um dies zu autorisieren.²¹⁸

Die Kosovo-Krise sollte gleichfalls genutzt werden, die europäische Verteidigungspolitik voranzubringen.²¹⁹ Dies jedoch nicht so sehr in der Absicht, Machtprojektionen wirklich autonom durchführen zu können, sondern eher, um sich mit ihrer eigenen Konzeption der diplomatischen Verhandlungen gegen die USA behaupten zu können.²²⁰ **Europa**, so führte Alain Madelin (DL) aus, trage als ‚Gendarm der Werte und Prinzipien‘, um die es im Kosovokrieg gehe, eine besondere Verantwortung und müsse über deren Einhaltung wachen.²²¹ Die Vorwürfe gegen Deutschland wurden kaum thematisiert, einzig Jean-Bernard Raimond (RPR) wies in seiner Rede vor der AN darauf hin, dass sich **Deutschland** 1991 nicht so sehr von historischen Reminiszenzen habe leiten lassen, sondern die deutsche Analyse einfach besser gewesen sei als die französische.²²²

Der heftigen Kritik an der Rolle der Vereinigten Staaten in vielen Debattenbeiträgen wurde von politischer Seite kaum begegnet. Außenminister Védrine hielt den Eindruck, die USA hätten den Europäern ihre Strategie aufgezwungen, für „*inexact*“, da Europäer und Amerikaner doch einfach zu den selben Schlussfolgerungen gelangt wären.²²³ Präsident Chirac betonte den Part Frankreichs

²¹⁵Jospin (8.6.1999) S.229.

²¹⁶Jospin (27.4.1999) S.455.

²¹⁷Jospin (27.4.1999).

²¹⁸Jospin (27.4.1999) S.450.

²¹⁹Alliot-Marie (27.4.1999) S.11; François Léotard: Discours au Conseil national de Paris v. 25.4.1999, <http://www.udf.org/discours/index.htm> [15.3.02]; Claude Goasguen (26.3.1999) S.8.

²²⁰Jospin (8.6.1999) S.229f.

²²¹Zit.n.: Eric Mandonnet: „Kosovo: Nuances à droite“, L'Express v. 8.4.1999, S.16.

²²²Jean-Bernard Raimond (26.3.1999) S.16.

²²³Védrine (20.4.1999) S.384.

während der Luftschläge und hob den Einfluss der Franzosen auf Zielauswahl und Zielart hervor.²²⁴ Dem Vorwurf der Dominanz der USA sowie des ‚suivismes‘ wurde vor allem von intellektueller Seite entgegengetreten. So fragte Pascal Bruckner „*Pourquoi cette rage anti-américaine?*“ und beklagte die euphemisierende und relativierende Geisteshaltung gegenüber den Verbrechen auf dem Balkan.²²⁵ Bei allen Differenzen zu den USA müsse man doch konstatieren, dass die Interessen des Westens in Bezug auf Jugoslawien die selben seien:

„*Oui, mille fois oui, l'ordre occidental plutôt que l'ordre serbe*“.

Und Glucksmann setzte dem antiamerikanischen Ausflüssen lakonisch entgegen: „*Merci l'Amérique*“²²⁶. Der Premierminister reagierte immerhin auf die Kritik des ‚suivismes‘ dahingehend, dass er sich für „*une OTAN plus équilibrée*“ stark machen wolle.²²⁷

Ganz einhellig betonten Regierungsvertreter wie auch die Redner der Fraktionen im Parlament die wichtige Rolle Russlands, die im Sinne einer Konfliktlösung unabdingbar sei.²²⁸

Die **Eigenwahrnehmung** war geprägt vom Bild, dass **Frankreich** stets engagiert versucht habe, die Probleme zu lösen.²²⁹ So führt Jospin aus, dass es Frankreich gewesen sei, das Russland im Rahmen der G8 zurück an den Verhandlungstisch gebracht habe.²³⁰ Die Abgeordnete der Grünen, Marie-Hélène Aubert, kritisierte die Ministerien dafür, dass sie die friedlichen Bemühungen von Rugova im Vorfeld der Krise nicht ausreichend unterstützt hätten.²³¹ Als ein Ende der Luftschläge absehbar war, führte Chirac aus, dass Frankreich

- in der Krise seinen Rang gewahrt,
 - von allen europäischen Staaten das größte Engagement gezeigt,
 - eine entscheidende Rolle für eine politische Lösung gespielt,
 - sich durch eine aktive und intelligente Diplomatie ausgezeichnet,
 -
- und seine Großzügigkeit gegenüber den Flüchtlingen unter Beweis gestellt habe.²³²

Der Premierminister resümierte,

²²⁴Chirac (10.6.1999) S.247.

²²⁵Pascal Bruckner: „*Pourquoi cette rage anti-américaine?*“, Le Monde v. 7.4.1999 ; ähnlich : André Ferron, Claude Fisher, Philippe Herzog, Claire Lévy, Bernard Marx, Alain Touraine : „*L'indispensable défaite de Milošević*“, Le Monde v. 7.4.1999.

²²⁶André Glucksmann: „*Merci l'Amérique*“, L'Express v. 17.6.1999, S.26.

²²⁷Jospin (27.4.1999) S.450.

²²⁸Alliot-Marie (27.4.1999) S.12; de Charette (27.4.1999) S.18; Schwartzberg (27.4.1999) S.22; Rossi (27.4.1999) S.24.

²²⁹Jospin (26.3.1999).

²³⁰Jospin (8.6.1999) S.230.

²³¹Aubert (26.3.1999) S.18.

²³²Chirac (4.6.1999).

„(...) que le soutien de l'opinion, la lucidité, le réalisme des Français ont été précieux.“²³³

Die unmittelbare wissenschaftliche Nachkriegsdebatte – *ex-post contest*

In den unmittelbar nach Kriegsende erschienenen Zeitschriftenartikeln dominierte wieder die Skepsis gegenüber dem militärischen Engagement der NATO. So offenbarten einige Autoren eine von der hegemonialen Diskursformation unbeeindruckte Konfliktwahrnehmung, die wieder die blutige Geschichte der Balkanregion (Collet 1999) und die historische Verbundenheit Frankreichs zum serbischen Volk in den Vordergrund rückte (Lévy 2000). Zugleich wurde die Rückschau von einigen Autoren nochmals zum Anlass genommen, die Motive der NATO und der USA einer kritischen Betrachtung zu unterziehen: Eben nicht die Menschenrechte, sondern die Manifestation und Festigung der eigenen Machtposition habe für Washington im Vordergrund gestanden.²³⁴

Aber auch die Regierung setzte nun andere Akzente. Premierminister Jospin (1999) etwa analysierte den Konflikt vor allem unter dem Aspekt des Machtgleichgewichts und der Frage, ob und inwieweit Frankreich seine Machtposition behaupten können. Er diagnostizierte eine begrüßenswerte Konvergenz der Sicherheitspolitiken der großen Drei in Europa und zeigte sich beunruhigt über die große technische Überlegenheit der USA. Général Forget (1999) – der die französischen Luftstreitkräfte kommandiert hatte – mahnte darüber hinaus die militärische wie technologische Lücke im Vergleich zu den USA an (ähnlich: Gaillard 1999-2000 und Martins Da Torre 1999-2000). Außenminister Védrine warnte indes vor der Macht der Fernsehbilder, die die Politik in allzu großem Maße beeinflussen könnten.²³⁵ In diesem Punkt stimmte ihm der Autor der „Shoa“ und Direktor der „*Temps Modernes*“, Claude Lanzmann zu, dem es angesichts der aus seiner Sicht unsäglichen Holocaust-Vergleiche gleichsam die Sprache verschlagen hatte (Lanzmann 1999: 5). Einer seiner Redakteure stimmte ein, das „*marketing des émotions*“ und der „*doulorisme télévisuel*“ markiere den Abgesang der Politik (Redeker 1999). Der Kosovo-Einsatz – so hoffte Védrine – müsse auch deswegen ein Einzelfall bleiben.²³⁶

Im Gegensatz zu Védrine sahen einige Analytiker mit dem Kosovo-Krieg eher eine neue Ära von Konflikten und deren Bearbeitung heraufziehen. Für Pascal Boniface bspw. wurde mit dem Konflikt die vormals vorherrschende Form des

²³³Jospin (4.6.1999).

²³⁴Vgl. hierzu vor allem die bissige, bisweilen sarkastische Analyse von Emmanuel Wallon (1999), einem Redakteur der Zeitschrift „*Les Temps Modernes*“ sowie die ‚Verschwörungstheorie‘ des Generals Paul Arnaud de Foïard (1999), ähnlich : Deguy 1999 und Lévy 2000.

²³⁵Interview in der taz v. 15.12.2000, S.4.

²³⁶Ähnlich: auch: Rufin 1999: 24.

Souveränitätsverständnisses von Staaten zu Grabe getragen (Boniface 1999-2000). Dies wiege schwer, würde doch dadurch ein ehernes Grundprinzip der internationalen Ordnung verletzt, wodurch die Prinzipien der NATO über die der UNO obsiegen könnten (Robin 1999). Doch Victor-Yves Ghebali gab zu bedenken, die eigentliche Wahl im Konflikt habe zwischen einer nicht-legitimierte Intervention der NATO und einer totalen Lähmung der UNO bestanden. Die „*pavloviens de l'anti-américanisme*“ hätten Unrecht mit ihrer Behauptung, der Krieg sei verfrüht gewesen und hätte das Leid der Kosovaren nur noch verschlimmert (Ghebali 1999: 76f.). Auch André Glucksmann sah ein neues Zeitalter hereinbrechen, beklagte aber drei grundsätzliche Fehler des Westens bei der Konfliktbearbeitung: ein Unterschätzen des Gegners, die Vermeidung eines Bodenkrieges um jeden Preis und die Annahme, es handle sich um einen lokalen und eingrenzbar Konflikt (Glucksmann 1999). Dominique Davids Urteil fügte sich hier ein: „*Objectifs inédits, guerre as usual, techniques nouvelles*“, für ihn ein „*tryptique contradictoire*“ (David 1999 : 43).

Philippe Moreau Defarges (1999) und François Geré (1999) diagnostizierten einen Widerspruch der westlichen Politik, die einerseits den Anspruch hatte, die Kosovaren angesichts des wechselseitigen Hasses gegenüber den Serben in Schutz zu nehmen, sich aber andererseits eine Unabhängigkeit des Kosovo nicht vorstellen mochte. Dabei gäbe es kaum einen Zweifel, dass Letzteres eintreten würde. Bernard Kouchner gestand diesen Widerspruch ein, gab indes zu bedenken, dass eine Anerkennung durchaus das Risiko eines ‚Domino-Effekts‘, etwa für Bosnien, in sich berge (Kouchner 1999-2000: 87).

Insgesamt überwog in der wissenschaftlichen Rückschau also ein skeptischer Tenor, was zu der Vermutung Anlass gibt, dass die Vertreter der siegreichen Diskursformation nur eine Schlacht, nicht aber den ‚Krieg um Worte‘ gewinnen konnten.

4.2.3. Identität und Kontinuitätsrhetorik

In der fallstudien-spezifischen Verhaltensanalyse wurde herausgearbeitet, dass sich die Kontinuitätsaspekte der französischen Außenpolitik durch ein pro-aktives Engagement, die stetige Unterstützung der UNO und der Kontaktgruppe sowie das Festhalten an einer eigenen Vermittlerrolle beschreiben lassen. Diese Kontinuitätsaspekte können durch den Identitätsansatz gut plausibilisiert werden: So wird das durchweg sehr aktive Engagement vor dem Selbstanspruch, eine der großen Mächte zu sein, zusammen mit dem Sendungsbewusstsein der Nation verständlich. Die Unabhängigkeit von der Politik der USA und Russlands wird durch das Identitätselement der ‚*Europa als Gegengewicht*‘ abgebildet. Die Kombination aus dem Bestreben, großen Einfluss auszuüben und gleichzeitig eine US-unabhängige Außenpolitik betreiben zu wollen, hilft die französische Präferenz für kleine *directoires* nachzuvollziehen, sei es in permanenter Form im Sicherheitsrat oder in

ad hoc-Kooperationen wie in der Kontaktgruppe. Die stete Sorge um den eigenen Einfluss sowie das wichtige Gleichgewichtsmotiv – beides präsent in den zunächst koinzident ähnlich argumentierenden realistischen Diskursformationen – lässt Frankreich Selbstbindungen möglichst vermeiden und neutrale Vermittlerrollen bevorzugen.

In der ersten Phase der Untersuchung, der französischen Politik vor dem Beginn der Luftschläge, war die französische Öffentlichkeit uninteressiert geblieben. Die Aktionen der französischen Außenpolitik, vor allem von Außenminister Védrine geführt, wurden nicht diskursiv herausgefordert. Der Diskurs war noch geschlossen, die französische Identität noch *uncontested*. Gemäß den dieser Arbeit zugrundeliegenden Prämissen bedeutete dies, dass die Politik zu dieser Zeit einen permissiven Konsens genoss. Védrines Rhetorik bediente dabei verschiedene Identitätselemente, vor allem *„Frankreich als Großmacht“*: Die neutrale Vermittlerrolle, die sehr engagierte initiative Politik sowie die Betonung der Einheit der internationalen Großmächte angesichts der andauernden Konflikte auf dem Balkan ließ Frankreich einen evidenten, entscheidenden Part in der Kosovokrise zukommen. Zugleich agierte *Frankreich als Teil eines europäischen Gegengewichts*, indem es sich situativ mit anderen europäischen Großmächten (Deutschland, Großbritannien) zusammenfand, um eigenständige Politikinitiativen zu lancieren und einen ‚europäischen Stil‘ zu beweisen. Die Einbeziehung Russlands wurde stets betont, um einerseits die Interesseneinheit der Großmächte unter Beweis zu stellen, und zum anderen die Hegemonie der USA zu balancieren. Das Identitätselement *„Frankreich als Teil der Schicksalsgemeinschaft Europa“* wurde kaum bedient. Die Argumentationslinie, die den Balkanstaaten den Weg nach Europa ermöglichen wollte, machte zugleich klar, dass der Balkan noch exklusiv verstanden wurde: die Region lag noch außerhalb des politischen Europas.

Frankreich schwenkte nach dem Scheitern der diplomatischen Bemühungen auf eine NATO-geleitete, militärische Aktion um, und verlor damit zugleich einen Gutteil seiner Initiative, die seine Außenpolitik in der ersten Phase des Konflikts ausgezeichnet hatte. Die Kontinuität seiner Außenpolitik, durch Außenminister Védrine auch rhetorisch exemplifiziert, geriet mit dem Beginn der Luftschläge ins Wanken. Der Wandel der Außenpolitik war keineswegs das Resultat eigener Überlegungen, sondern von außen erzwungen, mithin reaktiv:²³⁷ Jugoslawiens unkooperatives Verhalten machte die von Frankreich favorisierte neutrale Vermittlerrolle zusehends unmöglich. Die USA, Großbritannien und Deutschland waren mehr und mehr bereit, härter gegen Milošević durchzugreifen. Zu allem Überfluss blockierte Russland die von Frankreich präferierten Institutionen Sicherheitsrat und Kontaktgruppe. Die Beschränktheit der eigenen Mittel verstellte den Weg zu einer unilateralen Politik und hätte Frankreich einflusslos marginalisiert. Staatspräsident und Regierung entschieden sich – wie schon im Zweiten Golfkrieg und in Bosnien –

²³⁷ Dies war auch schon für die Bosnienkriege und die Anerkennungsphase typisch. Vgl. Maull und Stahl 2002.

für ein militärisches Eingreifen unter Führung der USA.²³⁸ Diese Entscheidung wurde aber dann diskursiv herausgefordert: Nachdem Frankreich bereits an den Bombenangriffen aktiv teilnahm, brach eine Debatte um deren Sinn und Legitimation los. Der Beginn der Luftschläge markiert den Wendepunkt der *uncontested identity* in der Außenpolitik: Massiv geriet die Linie der Regierung unter Beschuss. Dabei sind die Kritiker des Angriffs auf Serbien die ‚üblichen Verdächtigen‘ der realistisch-autonomen Diskursformation, verläuft doch die Scheidelinie zwischen *pro-* und *anti-frappes* ähnlich wie im Maastricht-Referendum. Die Kritik an den Luftschlägen fußt vor allem auf einer stärkeren Identifizierung der Identitätselemente ‚*Frankreich als Großmacht*‘ und ‚*Europa als Gegengewicht*‘. Der Status und der Einfluss Frankreichs könne eher durch ein Beiseitestehen sichergestellt werden als durch eine Kriegsteilnahme; Serbien als historischer Verbündeter Frankreichs in der Region müsse weiterhin unterstützt werden. Eine Schwächung Jugoslawiens würde auch eine Schwächung des französischen Einflusses in der Region bedeuten. Die Regierung konterte zunächst mit einer Argumentationskette, die die Ereignisse im Kosovo mit den eigenen Sicherheitsinteressen verband: Eine weitere Eskalation der Gewalt im Kosovo würde das Flüchtlingsproblem weiter verschärfen und die Gefahr eines Großalbanien heraufbeschwören, was die Region vollständig destabilisieren würde. Damit wäre das Gleichgewicht in Europa dahin und somit auch die Sicherheit Frankreichs bedroht. Diese Kausalkette entbehrte nicht der Dialektik: Frankreich bombardiert Serbien, um ein Großalbanien zu verhindern.

Der *Front national* hatte gar versucht, die eigenen Sicherheitsinteressen mit dem Identitätselement des *christlichen Frankreich*, das sie zu aktivieren trachteten, zu verknüpfen. Der Kosovokonflikt wurde dabei als primär religiöser Kampf konstruiert. Der gefährliche Präzedenzfall der Verletzung der Souveränität könnte die USA in Zukunft zu Militärschlägen zugunsten muslimischer Einwanderer in Frankreich motivieren. Aber diese Argumentation fand in der öffentlichen Debatte keinen Widerhall.

Die Argumentation der Kriegsgegner bettete sich ein in eine Konfliktwahrnehmung, die einen ethnischen Bürgerkrieg diagnostizierte und beide Seiten gleichermaßen für die Gewalttaten verantwortlich machte. Damit befand sie sich ganz auf der Linie des Außenministers, der schließlich lange argumentiert hatte, dass sich aufgrund dieser Konfliktdiagnose ein militärisches Eingreifen von außen verbieten würde.

Die *anti-frappes* argumentierten, Frankreich zeige sich schwach, wenn es den USA/NATO folge, die wahre Stärke hätte darin gelegen, eine Gegenkoalition zu den USA zu organisieren. Die *pro-frappes* konterten diese Argumentation mit drei Argumentationsmustern. Erstens lief das Argument der weitgehend unwidersprochen gebliebenen Regierungsrhetorik und damit auch der Erfahrung des Jahre

²³⁸ Heisbourg argumentiert für den Golfkrieg 1990/91, dass die Entscheidung zwischen Beiseitestehen („*la différence*“) und Mitmachen („*le rang*“) fallen musste (Heisbourg 1992: 19).

1998 zuwider, die die Einigkeit unter den großen Mächten immer wieder artikuliert und betont hatte. Zweitens konnten die Entscheidungsträger auf die tragende Rolle Frankreichs während der Bombardements hinweisen, die sich in der militärischen Beteiligung, aber auch im Einfluss auf Zielart und Zielauswahl der Bombardierungen äußerte. Dadurch, und verstärkt durch das eigene Verhalten im Spionagefall Bunel (rhetorische Trennung von NATO und Frankreich), konnten die mächtigen Diskursträger glaubhaft machen, dass die französische Rolle stark und distinkt zu der der USA war.

Die Hauptlinie der Argumentation der *anti-frappes* stellte auf die Isolierung Russlands und die Fügsamkeit Frankreichs gegenüber den USA ab und suchte damit das Element ‚*Europa als Gegengewicht*‘ stärker zu aktivieren. Dieses Argumentationsmuster wurde mit antiamerikanischen Akzenten aufgeladen und verstärkt, die mit dem Konflikt selbst, seiner Lösung und den Ereignissen von 1998 nichts zu tun hatten. Die USA und ihre Außenpolitik wurden in extremer Form abgewertet.²³⁹ Die Interessen- und Wertedivergenzen zwischen den USA und Frankreich wurden betont und situativ mit den beiden Konfliktparteien verknüpft: die USA als Freund der UÇK, Frankreich als historischer Verbündeter Serbiens. Das Identitätselement ‚*Frankreich als Teil des Westens*‘ wurde nicht aktiviert. Dass die amerikanischen Werte vom Konflikt in ganz ähnlicher Weise herausgefordert werden könnten wie die französischen, blieb außen vor. Vielmehr handelten Frankreich und die USA koinzident in die gleiche Richtung, schlichtweg, weil Einigkeit wichtig ist, um den Konflikt zu lösen und damit die Interessen komplementär seien. Mit anderen Worten, die führenden Diskursträger stellten die angeblich anrühige Motivlage der Amerikaner nicht in Frage, vielmehr wurden die eigenen distinkten Ziele und Werte betont und die Interessenkonvergenz als kontingent und instrumentell dargestellt. Dass sich die NATO als entscheidende Institution erwiesen hatte, wurde bedauert. Zugleich wurde die obstruktive Haltung Russlands beschönigt und dessen Rückkehr in den Kreis der Koalition beständig in Aussicht gestellt. Das Identitätselement des ‚*Europa als Gegengewicht*‘ wurde auch rhetorisch dadurch bedient, dass die Regierung stets von den drei (USA, Russland und Europa) sprach und Europa wurde in variabler Geometrie, also auch für bilaterale Initiativen, vereinnahmt. Die Gegenvision eines sozialdemokratischen, linken Europa gegen die USA verfiel nicht, aufgrund der *Cohabitation* ließ sich der Parteienzwist wohl schlecht instrumentalisieren. Somit konnte die Identitätskonstruktion eines ‚Europas der Dritten Kraft‘ trotz eines militärischen Einsatzes an der Seite der USA verteidigt werden. Dies bot wenig Angriffsfläche für die Argumentation der *anti-frappes*.

Ein starkes Anti-Kriegsargument war die fehlende Legitimation für das Handeln der Allianz, wobei die internationale weit weniger ins Gewicht fiel als die nationale. Auf das fehlende UN-Mandat ging die Regierung kaum ein und wischte Bedenken mit dem Hinweis auf eine baldige Nachholung beiseite, wenn erst Russland überzeugt sei. Die Ignoranz gegenüber dem französischen Parlament wog da

²³⁹Vgl. zum Anti-Amerikanismus in der Debatte: Lukic (2000) und Bruckner (1999).

schwerer, war die Kritik in diesem Punkt sehr vielstimmig und prinzipiell. Jospin suchte die Einwände damit zu entkräften, dass er sein Amt als Institution der V. Republik darstellte, mit der seine persönlichen Ansichten nichts zu tun hätten. Damit gelang es ihm, die Kritik zu entpersonalisieren und die Kritik zu einer Verfassungskritik umzudeuten, die primär den Staatspräsidenten und den RPR treffen sollten.

Desgleichen wurde von den *anti-frappes* – in der Fortführung der Védrine'schen Argumentation – den USA ein genereller kriegerischer, aggressiver Politikstil, Europa und Frankreich jedoch ein friedlicher, neutraler verhandlungsorientierter Stil zugeschrieben. Dies war ein recht überzeugendes Muster: Hatte sich doch die französische Außenpolitik eben dieses Stiles wegen im Laufe des Jahres 1998 gelobt und immer wieder den Eindruck erweckt, er sei auch sehr erfolgreich (Rambouillet). Es nimmt daher nicht wunder, dass die Situation Ende Mitte März 1999 von vielen Kritikern als ‚nicht ausverhandelt‘ interpretiert wurde. Der Übergang in den Bombenkrieg erschien insofern überstürzt und wenig durchdacht. Das Eingeständnis des Scheiterns der eigenen Politik wurde nie vollzogen, so konnte der drastische Positionswechsel hin zu militärischen Mitteln leicht auf den Einfluss der ‚Hypermacht‘ USA zurückgeführt werden. Zudem gab es einen offensichtlichen Widerspruch in der Regierungsrhetorik: Wenn die Staatengemeinschaft wirklich so einig war, wieso gab es dann das Legitimitätsproblem der Luftschläge?

4.2.4 Trennung der Diskursformationen und Wandelrhetorik

Die Kritik an den Luftschlägen stand in der Kontinuität der Regierungsrhetorik. Dies machte es führenden Diskursträgern der Regierung zunächst schwer, die Argumentation zu kontern. Während Védrine nun recht hilflos argumentierte, steuerte Premierminister Jospin gegen, indem er die Bemühungen der Staatengemeinschaft um eine friedliche Lösung sehr ausführlich in seiner Rede vor der AN betonte und zugleich ihr Scheitern deutlich machte. Dieses Scheitern wurde aber eben nicht der Uneinigkeit der internationalen Gemeinschaft, sondern eindeutig dem serbischen Regime zugewiesen.

Chirac trieb die Jospin'sche Argumentation weiter und baute im Unterschied zum Außenminister eine neue Kausalkette auf: Nur das verbrecherische Regime, genauer eigentlich nur Milošević sei für die Taten und Konflikte im Kosovo verantwortlich. Er nahm damit von einem in der französischen Elite dominierenden Konfliktbild des Balkans Abschied, das in historisch beladenen hochkomplexen ethnischen Differenzen im Verein mit internationaler Machtpolitik die Ursache für die Konflikte gesucht hatte. In einem rhetorischen Kunstgriff spaltete Chirac den einheitlichen Akteur Serbien auf und unterschied nunmehr zwischen dem (guten, unschuldigen) serbischen Volk und seinem verbrecherischen Regime unter Führung Miloševićs. Dadurch konnte er zum einen weiter an die Argumentationslinie der serbo-franzö-

sischen Freundschaft anknüpfen und sich gleichzeitig an den Militäraktionen gegen das Regime beteiligen. Frankreich kämpfte nicht etwa auf Seiten der Kosovo-Albaner, sondern auf Seiten des serbischen Volkes gegen seine Unterdrücker.²⁴⁰ Die Ereignisse im Kosovo glichen einer menschlichen Tragödie ungeheuren Ausmaßes, die Würde des Menschen werde mit Füßen getreten. Angesichts dessen könne eine Nation wie Frankreich, die sich der Verteidigung ebendieser Menschenwürde verschrieben hätte, nicht schweigen. Im Gegenteil, ein Beiseitestehen sei unehrenhaft und feige. Hiermit gelang es ihm, die Emotionen der Fernsehbilder mit einem abstrakten moralischen Prinzip und damit mit dem Identitätselement der ‚*Bewahrung der Nation*‘ zu verknüpfen. Er sicherte dieses Argumentationsmuster zudem mit einem Bezug zum ‚*Frankreich als Teil einer Schicksalsgemeinschaft Europa*‘ ab, indem er den Balkan jetzt inklusiv konstruierte: Jugoslawien und die gesamte Region gehörten zu Europa, zu ‚*unserer Erde, unserem Kontinent*‘. Die Exzesse geschähen somit nicht irgendwo, sondern ‚*bei uns*‘: Ein Nichtstun wäre somit unmöglich. Bereits bei seinem Besuch in Bosnien 1998 hatte der Staatspräsident auf das aus seiner Sicht entscheidende Motiv der Versöhnung für die Integration Europas hingewiesen, das auf einem *Europa als Schicksalsgemeinschaft* fuße. Diese Argumentation einer Einbeziehung des Balkans in Europa war nicht ohne Risiko, geriet sie doch in Gegensatz zur vorher kollegial vertretenen Konfliktwahrnehmung eines ethnischen Bürgerkriegs im Pulverfass Balkan, das immer schon anders war als der Rest von Europa. Als Priština in eine Reihe mit Vukovar, Sarajewo und Srebrenica gestellt wurde, blieb die Frage, wieso die französische Politik nicht bereits früher entsprechend reagiert hatte. Zudem hatte sich das serbische Regime noch im Bosnienkrieg hoher Achtung erfreut, und in der vormaligen Regierungsrhetorik war keine primäre Verantwortung für das Auseinanderbrechen Jugoslawiens zu finden gewesen. Die argumentative Chance der Aufdeckung dieser Inkonsistenzen blieb allerdings seitens der *anti-frappes* ungenutzt, da sie zum einen kein positiv aufgeladenes Europa-Bild erzeugen und zum anderen die Neuinterpretation der Geschichte in diesem Sinne nicht thematisieren mochten.

Zusätzlich weckte der Staatspräsident mit seiner Anspielung an München 1938 die Erinnerung an ein peinliches Kapitel westlicher Politik, als Frankreich als große Macht versagt und man Hitler nicht rechtzeitig Einhalt geboten hatte. Die Luftschläge selbst stellten in dieser Sicht keine Eskalation dar, sondern würden helfen, eine solche zu vermeiden. Diese Argumentationskette von Chirac hatte große Überzeugungskraft, da sie moralische Werte, historische Erfahrungen, die aktuellen Informationserlebnisse der Bildberichterstattung und sicherheitspolitische Notwendigkeiten miteinander verband. Die verstärkte Rekurrerung auf die Identitätselemente ‚*Bewahrung der Nation*‘ und ‚*Frankreich als Teil der europäischen*‘

²⁴⁰Diese Deutung wird auch durch den Besuch Chiracs in Serbien bestätigt, als der Staatspräsident sich an Ehrbezeugungen zugunsten der Opfer der Bombenangriffe beteiligte. Präsident Koštunica hob seinerseits hervor, „(...) die Qualität und die Langlebigkeit der französisch-serbischen Beziehungen werde die Wandlungen der Politik und der Diplomatie immer überstehen“. Zit.n.: Michaela Wiegel: „Freundschaft, die von Herzen kommt“, FAZ v. 11.12.2001, S.4.

Schicksalsgemeinschaft erwies sich als schlagend, da so die realistisch-europäische mit der idealistischen Diskursformation erfolgreich fusionieren konnten.

Nur vereinzelt hatten die Kritiker die Anbindung an das Identitätselement der ‚*Bewahrung der französischen Nation*‘ gesucht. Dies geschah zum einen, indem auf die Folgen des Bombardements hingewiesen wurde: Die demokratischen Kräfte in Russland wie in Serbien würden geschwächt werden, was man als Demokratie nicht zulassen dürfe. Zum anderen wurde ein moralisches Argumentationsmuster eingeführt, das die Verletzung der Souveränität eines unabhängigen Staates als ‚unmoralisch‘ apostrophierte. Auch hierbei wurde auf die Grundprinzipien der französischen Nation angespielt. Ergänzend wurde ein Gefühl der Ehrverletzung evoziert, indem an die Heldentaten der serbischen Nation an der Seite Frankreichs in vielen Zeiten der Bewährung erinnert wurde: Man führt keinen Krieg gegen einen Freund. Diese Argumente schienen jedoch nicht besonders stichhaltig. Die Chirac’sche Trennung von Regime und Volk war überzeugender. Miloševićs Verantwortung wurde zudem dadurch betont, dass Menetekel der Balkankriege wie die Städte Vukovar, Sarajewo und Srebrenica herangezogen wurden, die die Grausamkeit und Rücksichtslosigkeit des Regimes zur Genüge unter Beweis gestellt hätten.

4.2.4.1 Die Diskurshegemonie

Trotz heftiger Kritik einiger Intellektueller und Politiker am aus ihrer Sicht willfährigen Kurs gegenüber den USA, verzeichnete Chirac doch eine sehr hohe Zustimmung seitens der Bevölkerung in der Kosovo-Politik. So unterstützten in einer Umfrage des Ifop vom 29.3. bereits 58% der befragten Erwachsenen die Idee von Bodentruppen, sollten sich die Luftschläge als nicht ausreichend erweisen und schenkten Chirac relativ das meiste Vertrauen (47%, Jospin 32%).²⁴¹ Am 8./9. April 1999 zeigten sich bereits 79% der Befragten zufrieden mit der Kosovo-Politik von Chirac, 73% mit der von Jospin.²⁴² In einer am 22.4.1999 im *Express* veröffentlichten Umfrage²⁴³ äußerten sich 63% der Befragten zustimmend zu einem Einsatz von Bodentruppen, wenn die Luftschläge nicht den erhofften Erfolg zeitigen würden. 64% sahen die bisherige Strategie als verfehlt an. Allerdings glaubten zu diesem Zeitpunkt noch 42% (gegen 56%) an eine Verhandlungslösung mit Milošević. Und zwei Drittel der Befragten erteilten einer Verallgemeinerbarkeit des Prinzips der ‚humanitären Intervention‘ eine Absage. Die *Cohabitation* erhielt gute Noten, denn 59% fanden, dass Frankreich sich verstärkt in die Krise eingebracht hat.

²⁴¹Christophe Barbier et al. : „Kosovo. La cohabitation à l’épreuve du feu“, L’Express v. 1.4.1999, S.14-15.

²⁴²Vgl. Christophe Barbier et al.: „La politique à l’heure du Kosovo“, L’Express v. 15.4.1999, S.28-30 (30).

²⁴³Eric Mandonnet: „Kosovo: les Français inquiets“(Sondage), L’Express v. 22.4.1999 S. 14-15.

Die Regierungsrhetorik schien also erfolgreich gewesen zu sein, denn die Bevölkerung hieß in ihrer Mehrheit den Kurs der Regierung in der Kosovofrage gut. Dies gilt insbesondere, was die Wahrnehmung des Konflikts und seiner Ursachen angeht.²⁴⁴ Die Kritik, Frankreich sei innerhalb der NATO nicht mehr wahrnehmbar, wurde nicht von vielen geteilt. Allerdings wurde in Bezug auf mögliche militärische Lösungen die Regierung gewissermaßen von der Bevölkerung ‚überholt‘, da für letztere auch Bodentruppen akzeptabel gewesen wären.

4.2.4.2 Die Diskursformationen

Analytisch verkürzt stellt sich der Diskurs mit Blick auf die Diskursformationen wie folgt dar.

Vor Beginn der Luftschläge harmonisierten die drei Diskursformationen in ihren Handlungsempfehlungen: Die Identität Frankreichs war *uncontested*. Mit der Entscheidung, an der Seite der Verbündeten in den Luftkrieg gegen Serbien einzutreten, ändert sich dies. In der Kontinuität der konsensualen Vor-Luftschlägerhetorik kritisierten mächtige gesellschaftliche Diskursträger der realistisch-autonomen Diskursformation den Positionswechsel der Regierung. Staatspräsident Chirac gelang mit Hilfe des Premierministers sowie der *nouveaux philosophes* die Absicherung des Wandels, indem er die realistisch-europäische Diskursformation von der realistisch-autonomen löste und stattdessen mit der idealistischen verband: Der Anspruch der ‚Bewahrung Frankreichs als Nation‘ wurde aufgewertet und mit ‚Frankreich als Teil der Schicksalsgemeinschaft Europa‘ verbunden. Die Verletzung der Minderheitenrechte der Kosovo-Albaner in Jugoslawien, im neuen Europa, wurde mit dem Eigenanspruch des Eintretens für die Menschenrechte verknüpft. Die Aufladungen der regionalen Sicherheit und des Gleichgewichts in Europa durch die historische Freundschaft mit Serbien wurden durch die rhetorische Abspaltung des ‚barbarischen Regimes‘ in Belgrad entwertet. Deshalb ist es verständlich, dass sich Frankreich gegen die Bombardierung Montenegros einsetzte, die Ausweitung der Angriffe verzögerte und die Anzahl der zivilen Ziele minimieren wollte: Nur so konnte das Argument ‚kein Krieg gegen das serbische Volk‘ halbwegs glaubwürdig bleiben. Zugleich konnte man so unter Beweis stellen, dass der Vorwurf des ‚suivism‘ gegenüber den USA unzutreffend war. ‚Europa als Gegengewicht‘ wurde abgewertet, blieb aber als Fernziel präsent. Selbst das abgeschwächte Element ‚Dritte Kraft‘ erwies sich als stark genug, um die Reaktivierung des Identitätselements ‚Frankreich als Teil des Westens‘ zu verhindern – obwohl sich dies beim institutionellen Übergang zur NATO doch angeboten hätte.²⁴⁵

²⁴⁴Allerdings machen Fortmann und Viau mit Bezug auf zitierte Umfragen im Economist v. 10.4.1999 darauf aufmerksam, dass über das Niveau der Zustimmung die Umfrageergebnisse auseinander gingen, Fortmann und Viau 2000: 105.

²⁴⁵Vgl. hierzu auch den EVG-Diskurs im 3. Kapitel.

Die Forderung französischer Politiker nach einer Intensivierung der europäischen Verteidigungsbemühungen in und nach dem Kosovokrieg wird verständlich: Sie würde die wichtigsten Identitätselemente (*Frankreich als Großmacht*, *die Bewahrung Frankreichs* und *Europa als Gegengewicht*) und eben auch ihre drei großen Diskursformationen harmonisieren lassen: Außenpolitische Identitätskrisen wie der Kosovokrieg würden Frankreich so erspart bleiben.